

Offene Fragen der Geschichte Band 4

Chronik von 1900 bis 1933

Kampf um die Weltherrschaft,
Erster Weltkrieg,
Versailler Friedensverhandlungen,
Gründung der Weimarer Republik,
Gründung der UdSSR,
Faschismus,
Nationalismus und Diktaturen,
Weltwirtschaftskrise,
Hitlers Machtübernahme,
NS-Terrorismus ...

Band 4/026

Chronik vom 1. Dezember 1933 bis zum 31. Dezember 1933

01.12.1933

NS-Regime: Am 1. Dezember 1933 wird die NSDAP gemäß Gesetz zur deutschen Staatspartei ernannt (Körperschaft des öffentlichen Rechts, mit eigener Gerichtsbarkeit).

Die "Stellvertreter des Führers" (Rudolf Heß) und der SA-Chef (Ernst Röhm) werden NS-Minister ohne Geschäftsbereich.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/408-409): >>(Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) ... Nachdem Hitler die finanzielle und politische Krise, in die die NSDAP Ende 32 geraten war, zu seinen Gunsten hatte entscheiden können (G. Strasser legte am 8.12.32 seine Parteiämter nieder), wurde er am 30.1.33 zum Reichskanzler ernannt (Machtergreifung). Die NSDAP war damit Regierungspartei.

Das Gesetz vom 14.7.33 (über das Verbot der Neubildung von Parteien) machte sie, die bei den Reichstagswahlen vom 5.3.33 die absolute Mehrheit verfehlt hatte (43,9 % der Stimmen und 288 Sitze von 647), zur Staatspartei, d.h. zur einzigen (zugelassenen) Partei, und das Deutsche Reich zu einem Einparteienstaat; das Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" vom 1.12.33 legalisierte diesen Zustand, der bis zur Kapitulation des Deutschen Reiches am 8.5.45 fortbestand (Gleichschaltung).

Ihre Mitgliederzahl stieg auf 2,5 Millionen (1935) und schließlich auf 8,5 Millionen (1945). In der nationalsozialistischen Diktatur hatten die NSDAP und ihre Gliederungen v.a. die Funktion, die Bevölkerung total zu erfassen und für die Ziele der nationalsozialistischen Politik zu mobilisieren, wobei den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen besondere Bedeutung zukam. Hitlers wichtigstes Machtinstrument war dabei, nach der Ausschaltung der SA 1934 (Röhm-Affäre), die von Himmler geführte SS.

Die Durchführung der Politik blieb im Wesentlichen Aufgabe der staatlichen Bürokratie; der (teilweise) Gegensatz und die Kompetenzkämpfe zwischen ihr und der Partei, aber auch die Rivalitäten innerhalb der NSDAP und ihre Verbürokratisierung waren ein Kennzeichen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ("Polykratie").

Am 10.10.45 wurde die NSDAP durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats mit allen ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden verboten und aufgelöst (Entnazifi-

zierung).<<

11.12.1933

NS-Regime: In den Richtlinien der "Deutschen Christen", die am 11. Dezember 1933 in Thüringen festgelegt werden, heißt es (x149/82): >>1. ... Wir sind durch Gottes Schöpfung hingestellt in die Blut- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes und sind als Träger dieses Schicksals verantwortlich für seine Zukunft. Deutschland ist unsere Aufgabe, Christus ist unsere Kraft. ...

3. Wie jedem Volke, so hat auch unserem Volke der ewige Gott ein arteigenes Gesetz erschaffen. Es gewann Gestalt in dem Führer Adolf Hitler und in dem von ihm geformten nationalsozialistischen Staat. Dieses Gesetz spricht zu uns in der aus Blut und Boden erwachsenen Geschichte unseres Volkes. Die Treue zu diesem Gesetz fordert von uns den Kampf für Ehre und Freiheit. ...<<

19.12.1933

NS-Regime: Die evangelischen Jugendverbände werden am 19. Dezember 1933 durch den evangelischen NS-Reichsbischof Müller aufgelöst und in die HJ-Organisation eingegliedert.

22.12.1933

NS-Regime: Im "Reichstagsbrand-Prozeß" wird der Holländer van der Lubbe am 22. Dezember 1933 zum Tod verurteilt.

CSR: Der nach Karlsbad emigrierte Wilhelm Hoegner schreibt am 22. Dezember 1933 über die NS-Justiz (x032/106): >>Die Justiz ist zur Hure der Politik herabgesunken. ...<<

28.12.1933

UdSSR: Der sowjetische Politiker Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (1890-1986, eigentlich W. M. Skrjabin, 1930-41 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1939-49 und 1953-56 Außenminister) berichtet am 28. Dezember 1933 in Moskau vor dem Zentralexekutivkomitee der KPdSU über die geplanten militärischen Expansionsbestrebungen des Nationalsozialismus.

31.12.1933

CSR: Die Exilzeitschrift "Neuer Vorwärts" berichtet am 31. Dezember 1933 (x032/107-108): >>Heute erscheint uns jene Zeit der Verfolgung durch Otto von Bismarck als geradezu noch liberal. Denn nicht nur keine Morde, keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager, sondern es blieben auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Schutze der Immunität ... Es war infolgedessen innerhalb der gesetzlichen Grenzen auch eine gewisse Opposition und eine oppositionelle Presse möglich.<<

1933

NS-Regime: Der NS-Polizei- und Terrorstaat

Nach Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 errichtete das NS-Regime im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden (außer UdSSR) in den Schatten stellte.

Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring (eigentlicher Gründer der geheimen Staatspolizei) und Heinrich Himmler im Jahre 1933 alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf.

Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei (Gestapo = politische Polizei, z.T. ehemalige Kriminalpolizei) und der Sicherheitsdienst (SD und SIPO) gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive

Opposition mit den härtesten Strafen.

Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.

Im Jahre 1933 ließ die NS-Justiz schon 75 % aller Todesurteile vollstrecken, während man 1932 keinen der 77 Todeskandidaten hingerichtet hatte (x074/1.103).

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über den Jesuitenorden und das NS-Regime (x1.001/126-133): >>... **Die Gestapo und die Gesellschaft Jesu**

Blieb Pius' des XI. und Pius' des XII. Wohlwollen und Freundlichkeit gegenüber dem Führer, den sie an die Macht gebracht hatten, nie aus, so müssen wir zugeben, daß letzterer sämtliche Bedingungen des Abkommens, durch das er dem Vatikan verpflichtet war, erfüllte. Da er ausdrücklich versprochen hatte, die Antiklerikalen zu "ersticken", folgten jene den Liberalen und Juden alsbald in die KZs. Wie der Chef des Dritten Reichs über das Schicksal der Juden entschieden hatte, ist bekannt: sie wurden schlichtweg vernichtet oder, wo vorteilhafter, zur Arbeit bis zur Erschöpfung gezwungen und dann liquidiert. In welchem letzteren Falle sich die "Endlösung" lediglich verzögerte.

Schauen wir aber zunächst, wie die besonders "autorisierte", mit dem Christusorden ausgezeichnete Persönlichkeit Franco die gemeinsame Sache zwischen Vatikan und Nazis unmißverständlich bestätigte.

"Réforme" (französische Zeitschrift) zufolge hatte die Presse des spanischen Diktators (Franco) am 3. Mai 1945 ... das Folgende veröffentlicht:

"Der Sohn der katholischen Kirche Adolf Hitler starb in der Verteidigung des Christentums. Es ist daher nur verständlich, daß Worte, derer sich der Würdigung seines Lebens so viele fanden, für die Trauer um seinen Verlust nicht hinreichen. Über seinen sterblichen Überresten steht seine siegreiche tugendhafte Gestalt. Mit der Märtyrerkrone verlieh Gott ihm die Siegeslorbeeren."

Diese Grabrede des Naziführers, eine Herausforderung für die siegreichen Alliierten, wird - unter dem Deckmantel von Francos Presse - vom Heiligen Stuhl höchstselbst ausgesprochen. Es ist eine vom Vatikan via Madrid gehaltene amtliche Pressemitteilung.

Natürlich hatte dieser nunmehr fehlende Held die Dankbarkeit der römischen Kirche mehr als verdient, und sie versucht es auch nicht zu verbergen. Er diente ihr in Treue: alle jene, die ihm besagte Kirche als ihre Gegner herausstellte, bekamen die Konsequenzen zu spüren. Und dieser gute "Sohn" scheute sich nicht, zuzugeben, was er seiner Heiligsten Mutter (der katholischen "Himmelskönigin") und vor allem den sich zu ihren Weltsoldaten gemacht Habenden schuldete.

Zitat Hitler: "Vor allem habe ich von den Jesuiten gelernt. ... Die Welt hat niemals etwas annähernd so großartiges gesehen, wie die hierarchische Struktur der katholischen Kirche. Es gibt da so einige Dinge, die ich den Jesuiten für die Partei abgeschaut habe. ... Ich will Ihnen ein Geheimnis sagen: Ich gründe einen Orden. ... In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. ... Aber es gibt noch Grade, von denen ich nicht sprechen darf."

Ein weiterer hoher Hitler-Funktionär, Walter Schellenberg (1910-1953), früherer Chef der deutschen Spionageabwehr, hat nach dem Kriege diese Vertraulichkeit des Führers vervollständigt:

"So wurde die SS-Organisation (die Organisation der Sicherungs- und Überwachungsformation der NSDAP) von ihm nach den Grundsätzen des Jesuitenordens aufgebaut. Als Grundlagen

dienten die Dienstordnung und die Exerzitien des Ignatius von Loyola: das oberste Gesetz war das des absoluten Gehorsams, die Ausführung eines jeden Befehls ohne Widerspruch. Himmler (Heinrich Himmler, 1900-1945) selbst, als Reichsführer SS, war der Ordensgeneral. Der Aufbau der Führerschaft lehnte sich an die hierarchische Ordnung der katholischen Kirche an. Bei Paderborn in Westfalen hatte er eine mittelalterliche Burg, die sogenannte Wewelsburg ausbauen lassen - sie war sozusagen das große "SS-Kloster", wohin der Ordensgeneral einmal jährlich das Geheimkonsistorium (Geheimtreffen der obersten Ordensführung zur Abhaltung von geistigen und Konzentrationsübungen) einberief."

Ihrerseits demonstrierten die besten theologischen Federn die Ähnlichkeit zwischen katholischen und nationalsozialistischen Lehren. Und in dieser Arbeit waren die Söhne Loyolas die Eifrigsten. Schauen wir beispielsweise, wie der Jesuitentheologe Michael Schmaus eine Reihe von Studien zu diesem Thema der Öffentlichkeit präsentierte:

"Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. ... Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. ... Zwischen katholischem Glauben und liberalistischem Denken gibt es keinen ideenmäßigen Ausgleich. ... Nichts ist unkatolischer als eine extrem demokratische Wertung des Seins. ...

Der heute wieder erwachte Sinn für eine straffe Autorität öffnet von neuem das Verständnis für die kirchliche Autorität. ... In der katholischen Lehre von der Erbsünde liegt das Mißtrauen in die Freiheit begründet. ... Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative (Moralgebote) stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung. ..."

Dieses Ziel war das Europa von Hitler versprochene "neue Mittelalter". Die Ähnlichkeit zwischen dem leidenschaftlichen Antiliberalismus dieses Münchner Jesuiten und dem ebenbürtigen, bei dem "Weiheakt der FNC in der Montmartre-Kirche" zum Ausdruck gebrachten Fanatismus ist offensichtlich. Während der Besatzung schrieb Léon Merklen (1875-1949, La Croix-Leiter): "Dieser Tage scheint die Freiheit nicht mehr länger irgendeines Ansehens würdig."

Zitate wie dieses ließen sich in die Tausende fortsetzen. Ist nicht dieser Haß auf die Freiheit in allen seinen Formen das Wesen schlechthin des römischen Meisters? Leicht ist auch zu verstehen, wie die katholische "Lehre" und die "NS-Lehre" derart gut harmonisieren konnten. Der "Jesuit Michael Schmaus", der diese Übereinstimmung fähig demonstrierte, wurde zehn Jahre nach dem Kriege von "La Croix" der "große Münchner Theologe" genannt und es wird keinen mehr verwundern, zu erfahren, daß ihn Pius XII. zum "Kirchenfürsten" erhob.

Was angesichts dessen aus der "erbärmlichen" Enzyklika "Mit brennender Sorge" aus der Feder des angeblich den Nationalsozialismus verdammenden Pius XI. wird? Uns das zu sagen, bemühte sich kein Kasuist ... wie auch anders!

Der "große Theologe" Michael Schmaus hatte viele Rivalen - so ein deutscher Autor, der im "Katholisch-konservativen Erbgut" das sonderbarste je von deutschen katholischen Verlagen herausgegebene Buch sah:

"Diese Anthologie bringt Texte von den wichtigsten katholischen Theoretikern Deutschlands zusammen, von Görres bis Vogelsang; sie macht uns glauben, daß der Nationalsozialismus schlicht und einfach aus katholischen Ideen geboren wurde."

Dem Autoren war, als er dies schrieb, nicht klar, welche perfekte Beschreibung er gab.

Eine weitere wohlinformierte Person und Triebfeder des Pakts zwischen Heiligem Stuhl und Berlin - der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen - wurde noch deutlicher:

"Das Dritte Reich ist die erste Macht, die nicht nur die hohen Prinzipien des Papstes anerkennt, sondern auch praktiziert."

In Ergänzung hierzu das Ergebnis dieses "Praktizierens": 25 Millionen KZ-Opfer - die von den Vereinten Nationen herausgegebene offizielle Ziffer.

Hier finden wir es notwendig, etwas Gesondertes hinzuzufügen - für die Offenherzigen, die sich aber nicht darauf einlassen können, daß die organisierten Massenmorde eines der päpstlichen "hohen Prinzipien" gewesen seien. An der einen Offenheit hält man freilich sorgsam fest:

- "Derartige Barbarentaten gehören der Vergangenheit an!"

Wie es einige Apostel der Einfachheit halber sagen - achselzuckend - vor Nichtkatholiken, "für die die Feuer der Heiligen Inquisition immer noch brennen".

So sei es! Legen wir die überreichlichen Beweise der kirchlichen Grausamkeit vergangener Jahre beiseite, um das 20. Jahrhundert zu betrachten.

Wir wollen weder an die Heldentaten von Männern wie Stepinatz und Marcone in Kroatien, noch Tisos in der Slowakei erinnern, sondern uns auf die Untersuchung der Denkweise von gewissen "hohen Prinzipien" beschränken, die man so wunderbar "praktiziert" hatte.

Sind sie wirklich heutzutage veraltet - diese Prinzipien - verstoßen von einer "aufgeklärten Lehre", offiziell abgelehnt vom Heiligen Stuhl samt weiteren Fehlern einer dunklen Vergangenheit? Das ist leicht herauszufinden.

Schlagen wir doch beispielsweise die "Grande Apologétique" ("Große Rechtfertigung") von Abt Jean Vieujan auf, die, ist sie doch mit "1937" datiert, kaum als mittelalterlich beschrieben werden kann. Was lesen wir?

"Um das Prinzip der Inquisition zu akzeptieren, braucht man allein eine christliche Einstellung, und das ist es, was vielen Christen fehlt. ... Die Kirche hat eine derartige Scheu nicht."

Besser kann es nicht formuliert werden.

Wird ein weiterer, nicht weniger konservativer und moderner Beweis gebraucht? Hören wir Hw. P. Janvier, einen berühmten Tagungsreferenten in Notre-Dame:

"Sollte die Kirche kraft ihrer indirekten Macht über zeitliche Fragen nicht das Recht haben, von katholischen Staaten zu erwarten, Ketzer selbst bis in den Tod hinein zu unterdrücken, um sie dieserart zu bekämpfen?"

Hier meine Antwort:

Ich befürworte es freilich - selbst bis in den Tod hinein! ... Und ich stütze mich zuvorderst auf die Praxis und alsdann auf die Lehre der Kirche schlechthin; und bin überzeugt, daß kein Katholik, ohne sich gewaltig zu irren, das Gegenteil sagen würde."

Eine Rätselsprache kann man dem Theologen nicht vorwerfen. Seine Rede ist klar und verständlich. Mehr mit weniger Worten kann man nicht sagen. Was das Recht betrifft, das sich die Kirche anmaßt, um jene, deren Glauben nicht dem ihrigen entspricht, auszurotten, so ist alles darin vorhanden: die sie zwingende "Lehre", das sie per Tradition legitimierende "Praktizieren", und sogar der "Aufruf an die christlichen Staaten", von dem der Hitlerfeldzug ein perfektes Beispiel gab.

Genauso wenig sind die folgenden, alles andere als zweideutige Worte in der Finsternis des Mittelalters ausgesprochen worden:

"Die Kirche kann Ketzer zum Tode verurteilen, da sich jegliche Rechte, die sie haben, in unserer Nachsicht begründen, und offensichtlich sind diese Rechte keine wirklichen."

Der dies verfaßte, war Franz Wernz (Jesuitengeneral von 1906-1915), und die Tatsache, daß er außerdem Deutscher war, macht diese Erklärung um so gewichtiger.

Ebenfalls im 20. Jahrhundert schrieb der bekannte Kirchenfürst Kardinal Lépicier (1863-1936): "Bekundet jemand öffentlich, Ketzer zu sein oder versucht, andere durch sein Reden oder Beispiel zu verderben, so kann er nicht nur exkommuniziert, sondern auch zu Recht ge-

tötet werden. ..."

"Ich verwandle mich in eine Pfeffermühle, wenn das kein klassischer Mordaufruf ist", so ... Georges Courteline (französischer Bühnenschriftsteller, 1858-1929).

Den Beitrag des Oberhirten noch? Hier ist er, von einem modernen Papst, dessen "Liberalismus" kompromißlose Kleriker kritisierten, von Jesuitenpapst Leo XIII.: "Verdammt ist die Ansicht, der Heilige Geist wolle nicht, daß wir den Ketzer töten."

Welche höhere Autorität könnte nach dieser angerufen werden, außer dem Heiligen Geist?

Mag es auch jenen, die die Rauchwand (den Hinweis auf die während einer Papstwahl Rauchzeichen Ausgebenden) manipulieren, den Beschwichtigern unruhiger Gewissen, mißfallen, aber die "hohen Prinzipien" des Papsttums bleiben unverändert, und, neben anderem, ist die Ausrottung für den Glauben heute genauso gültig und kanonisch (und den Bestimmungen der katholischen Kirche entsprechend) wie ehemals. In Anbetracht der Geschehnisse in Europa zwischen 1939 und 1945 - ein Schluß von größter "Erleuchtung" - um ein Lieblingswort der Mystiker (gefühlbetont nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten Streben- den) zu gebrauchen.

"Hitler, Goebbels, Himmler und die meisten Mitglieder der "alten Garde" der Partei waren Katholiken." wie Frédéric Hoffet (französischer Pfarrer und Psychoanalytiker) uns wissen läßt. Nicht durch Zufall war es, daß, durch die Religion ihrer Chefs, die nationalsozialistische Regierung die katholischste war, die Deutschland je hatte. ... Diese Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus ist, wo wir uns eingehend mit den Propagandamethoden und der inneren Organisation der Partei befassen, nur zu auffällig. Zu diesem Thema ist nichts aufschlußreicher, als Joseph Goebbels' Werke.

Er genoß seine Erziehung in einem Jesuitenkolleg und war, ehe er sich der Literatur und Politik zuwendete, Seminarist (Priesteramtsauszubildender). ... Jede Seite, jede Zeile seiner Schriften erinnert an die Lehre seiner Meister; und so betont er Gehorsam ... die Mißachtung der Wahrheit. ... "Manche Lügen sind nützlich wie Brot!" verkündete er kraft eines den Schriften des Ignatius von Loyola entnommenen moralischen Relativismus (eine absolute Gültigkeit moralischer Werte ablehnenden Denkens). ..."

Die Lorbeeren des Jesuitismus verlieh Hitler seinem Propagandachef nicht, wohl aber, wie er es seinen Lieblingen erzählte, dem Chef der Gestapo: "Ich sehe Himmler als unseren Ignatius von Loyola an."

Um derart zu sprechen, mußte der Führer gute Gründe gehabt haben. Zuvorderst müssen wir bemerken, daß der Reichsführer von SS, Gestapo und Polizei - Heinrich Luitpold Himmler -, unter den katholischen Mitgliedern von Hitlers Gefolge das vom Klerikalismus imprägnier- ste zu sein schien. Sein Vater war Direktor einer katholischen Schule in München, dann Er- zieher des Prinzen Ruprecht von Bayern (1869-1955). Sein Bruder, ein Benediktinermönch, lebte im Kloster Maria Laach, einem der alldeutschen hohen Orte. Und er besaß einen Onkel, den Jesuiten Himmler, der am bayrischen Hof den nicht geringen Posten eines Domkapitulars (Kirchenbezirksgeistlichen) innehatte.

Der deutsche Autor Walter Hagen gibt uns zudem diese diskrete Auskunft: "Ein sehr ver- ständnisvoller Förderer dieser Bestrebungen war der General des Jesuitenordens Graf Wlod- zimierz Halke von Ledochowski. Dieser hatte auf Grund der Informationen, die sein weitver- zweigter Orden zu sammeln in der Lage war, einen viel besseren Überblick über die weltpoli- tische und auch über die militärische Lage als die meisten anderen der hohen kirchlichen Würdenträger. Er besaß eine lebendige Vorstellung von der Weltgefahr des Bolschewismus und machte sich keine Illusionen darüber, daß die Sowjetunion im Falle einer totalen Kata- strophe Deutschlands das ganze westliche Europa unmittelbar bedrohen würde. Daher war er bereit, auf der gemeinsamen Grundlage des Antikommunismus eine Art Zusammenarbeit zwi- schen dem Jesuitenorden und dem deutschen Geheimdienst einzurichten."

Im Ergebnis dessen schuf man innerhalb des SS-Reichssicherheitshauptamtes eine Organisation, deren wichtigste Posten in schwarze SS-Uniformen gekleidete katholische Priester besetzten. Einer dieser übergeordneten Offiziere war Jesuitenpater Himmler.

Dieser wurde nach des Dritten Reichs Kapitulation verhaftet und in Nürnberg inhaftiert. Seine Anhörung durch den internationalen Strafgerichtshof wäre offensichtlich höchst interessant gewesen, doch da hatte die Vorsehung ein wachsames Auge: der Onkel Heinrich Himmlers erschien niemals vor jenem Gericht. Er wurde tot in seiner Zelle gefunden, eines Morgens, ohne daß der Grund seines Ablebens je öffentlich bekannt wurde.

Wir werden nicht das Andenken dieses Geistlichen beleidigen durch die Mutmaßung, er habe seine Tage, entgegen den reinen Lehren der römischen Kirche, willentlich beschlossen.

Nichtsdestotrotz war sein Tod so plötzlich und gelegen wie der ihm vorausgegangene eines anderen Jesuiten, des nicht wahrgenommenen "Mein Kampf-Verfassers" Pater Staempfle. Ein in der Tat seltsamer Zufall. ...

Kommen wir aber zurück auf den Gestapo-Chef Heinrich Luitpold Himmler, der meinte, er habe des Regimes grundlegende Macht in den Händen. Waren es seine persönlichen Verdienste, die ihm einen derart hohen Posten einbrachten? Sah Hitler in ihm, als er ihn mit dem Schöpfer des Jesuitenordens verglich, einen überlegenen Genius? Das freilich implizieren die Zeugenaussagen jener, die ihn kannten, nicht, da diese in Himmler nichts anderes als Mittelmäßigkeit wahrnahmen.

Schien jener Stern damals mit geliehener Helligkeit? War es wirklich Heinrich Luitpold Himmler, der als angeblicher Chef die Gestapo und die Geheimdienste eigentlich beherrschende? Wer war es, der damals Millionen von aus politischen Gründen Deportierten und Juden in den Tod schickte? War es der flachgesichtige Neffe - oder war es sein zu Ledochowskis Lieblingen und den übergeordneten SS-Offizieren zählender und vormaliger Domkapitular am bayrischen Hofe sowie Jesuitenpater gewesener Onkel?

Einen derart indiskreten Blick hinter die Geschichtskulissen zu werfen, mag tollkühn und sogar vermessen erscheinen. Das Stück läuft auf der Bühne, vor den Beleuchtungseinheiten der Vorder-, der Ober- und der Seitenlichter. So ist das normal bei jeder Show; und wer die Requisiten sehen will, kann leicht als lästig und schlecht erzogen angesehen werden.

Und doch ist der Ort, von dem die fesselnden Schauspieler kommen, an denen der Blick der Öffentlichkeit haftet, die Hinterbühne. Da, wo wir diese "Kirchenmonster" studieren und uns klar wird, daß sie weit entfernt davon sind, den Persönlichkeiten, die sie angeblich darstellen, zu gleichen, ist das nur zu offensichtlich.

Und so scheint es auch im Falle Himmler gewesen zu sein. Aber wäre es nicht richtig, selbiges von dem zu sagen, dessen rechte Hand er war - von Hitler?

Als wir Hitler gestikulierend auf den Leinwänden sahen oder seine hysterischen Reden brüllen hörten, hatten wir da nicht den Eindruck, die Bewegungen eines schlecht eingestellten Roboters mir überdehnten Federn zu sehen? Selbst seine einfachsten und ruhigsten Bewegungen erinnerten uns an eine mechanische Marionette. Und erst seine dumpfen und grobschlachtenen Augen, fleischige Nase, aufgedunsene Physiognomie (Erscheinung), deren Derbheit hinter jenem berühmten Haarteil und scheinbar unter seine Nüstern geklebten Bürstenbart nicht zurücktrat.

War dieser Kampfhund öffentlicher Versammlungen wirklich ein Chef?, der "wahre" Herr über Deutschland, ein "echter" Staatsmann, dessen Genialität im Begriffe war, die Welt aus den Angeln zu heben?

Oder war er nur ein schlechter Ersatz für all jenes? Eine schlaue aufgebauschte Deckhaut, ein Massenausnutzungsphantom, ein Aufwiegler?

Er selbst gab es zu, als er sagte: "Ich bin nur ein Bote." Francois-Poncet (André Francois-Poncet, 1887-1978), damaliger französischer Botschafter in Berlin, bestätigte, daß Hitler sehr

wenig arbeitete, kein Leser war und seinen Mitarbeitern ihren Willen ließ.

Den gleichen Eindruck von Leere und Unwirklichkeit vermittelten seine Gehilfen. Deren erster, der 1941 nach Schottland geflohene Rudolf Heß (NS-Politiker, 1894-1987) sah seiner eigenen Verurteilung in Nürnberg als gänzlich Fremder zu und wir haben nie erfahren, ob er vollständig geisteskrank oder nur ein Irrer war. Der zweite war der groteske, eitle und fette, die ungewöhnlichsten Phantasieuniformen tragende Vielfraß, Gemälderäuber und - als Krönung: morphiumsüchtige - Göring.

Die anderen maßgeblichen Parteipersonlichkeiten bargen dieselbe Ähnlichkeit und bei den Nürnberger Prozessen war die für die Journalisten überraschendste Meldung, daß diese NS-Helden - abgesehen von ihren persönlichen Macken - weder intellektuell noch charakterlich glänzten und sie mehr oder weniger unscheinbar waren.

Der einzige - nicht seines moralischen Wertes, sondern seines Scharfsinnes wegen - über jener rohen Horde Stehende war der Kämmerer Seiner Heiligkeit, Franz von Papen, "der Mann für alles" ... der freilich freigesprochen werden mußte.

Kommt der Führer als merkwürdige Marionette daher, war da der, dem er sich nachempfand, konsequenter? Rufen wir uns die lächerlichen Auftritte jenes "karnevalsreifen Cäsaren" (Mussolini) zurück, der seine großen schwarzen Augen unter jenem seltsamen mit Vorhangquasten geschmückten Hute funkeln lassen wollte! Und jene für die Propaganda gemachten Fotografien von seinen Füßen, und die alleinig seine gen Himmel weisenden Kinnladen zeigen, den Wundermann als unverrückbaren Felsen - Darstellung eines Willens, der keine Hindernisse kannte!

Was für ein Wille!

Aus den Vertraulichkeiten einiger seiner Gefährten bekommen wir das Bild eines stetig Unentschlossenen; dieser "furchterregende Mann", für den es hieß, mit Urgewalt "in alles eindringen" (um Kardinal Rattis, Achille Ratti, des späteren Pius XI. Begriffe zu verwenden), hat den ihm vom Jesuitenkardinal und Staatssekretär Gasparri im Namen des Vatikans gemachten Annäherungsversuchen nicht widerstanden.

Nach nur wenigen geheimen Treffen war der Revolutionär dazu überredet, unter des Heiligen Vaters Flagge mit Sack und Pack anzuheuern und die uns derart gut bekannte glänzende Karriere einzuschlagen - und so konnte der ebenfalls gut bekannte frühere Minister Carlo Sforza schreiben:

"Eines Tages, wenn die Zeit den Groll und Haß abgeschwächt haben wird, wird man - so hoffen wir - erkennen, daß die Orgie der grausamen Brutalitäten, die Italien zwanzig Jahre lang in ein Gefängnis verwandelte, und der Trümmerschutt des Zweiten Weltkriegs ihren Ursprung in einem nahezu einzigartigen historischen Fall genommen hatten: dem völligen Mißverhältnis zwischen der künstlich geschaffenen Legende um einen Namen und den wahren Eigenschaften der diesen Namen tragenden armseligen Kreatur, eines Mannes, dem Kultur kein Hindernis war."

Diese perfekte Formel ist anwendbar auf Hitler und Mussolini gleichermaßen: gleiches Mißverhältnis zwischen Legende und Eigenschaften, gleiche "Kulturlosigkeit" in jenen beiden mittelmäßigen Abenteurern mit nahezu identischen Vergangenheiten; erklären lassen sich ihre Blitzkarrieren letztlich nur durch ihre Gabe der sie ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit rückenden Massenagitation.

Wenn man weiß, daß die Erscheinung des Führers auf den deutschen Leinwänden aus heutiger Sicht nichts weiter als ein großes Lachen hervorruft, dann zweifelt man an der "künstlich geschaffenen" Legende um so weniger.

War aber nicht gerade die Minderwertigkeit dieser "Männer der Vorsehung" der Grund, weshalb man sich dafür entschied, eben diese beiden an die Macht zu hieven? Tatsache ist, daß der gleiche Mangel an persönlichen Qualitäten in allen jenen, die das Papsttum zu seinen Ver-

fechtern wählte, zu finden ist.

Es gab in Italien und Deutschland einige "echte" Staatsmänner, "echte" Chefs, die - unter Verzicht auf dieses wahnsinnige "Mystische" (gefühlbetonte Streben nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten) - die Fähigkeit, das Ruder zu übernehmen, durchaus gehabt hätten. Nur war deren Intellekt zu aufgeweckt und zu unfügsam. Der Vatikan und insbesondere der "schwarze Papst" von Ledochowski konnte diese - der feurigen Formel entsprechend - nicht "als Stab in seiner Hand" halten und um jeden Preis bis zum Eintreten der Katastrophe seinen Zielen dienen lassen.

Wie der Revolutionär Mussolini von den Abgesandten des Heiligen Stuhls gleichsam einem Handschuh vollends umgekrempelt wurde, haben wir gesehen.

Als genauso formbar sollte sich der eiserne Hitler erweisen. Ledochowskis Plan bestand ursprünglich darin, eine Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa zu schaffen, in der Bayern und Österreich (regiert vom Jesuiten Seipel) die Vorrangstellung haben würden. Bayern galt es, von der deutschen Weimarer Republik zu separieren - und wie durch Zufall war der österreichischstämmige Agitator Hitler damals bayrischer Separatist.

Die Chance aber, diese Föderation zu verwirklichen und einen Habsburger an ihre Spitze zu setzen, wurde immer geringer, während sich der von München nach Berlin gezogene Nuntius Monsignore Pacelli infolge der kläglichen Unterstützung, die ihr die Alliierten gewährten, der Schwäche der Deutschen Republik immer bewußter wurde. Und so wurde im Vatikan die Hoffnung geboren, sich Deutschlands in seiner Gänze zu bemächtigen, und der Plan entsprechend geändert:

"Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte - um den Föderalismus der Deutschen abzuwenden - galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten."

Das war ausreichend. Samt seinen "Braunhemden" völlig aufräumend, wurde der bis dahin bayrische Separatist Hitler über Nacht zum motivierten Verfechter des Großreichs.<<

Der deutsche Jurist Alexander von Brünneck schreibt später über die "Justiz" des NS-Regimes (x051/296-298): >>Justiz. Wie alle staatlichen Einrichtungen wurde auch die Justiz nach 1933 so umgestaltet, daß sie zu einem angepaßten Bestandteil des nationalsozialistischen Herrschaftssystems wurde. Sie verlor ihren Status als unabhängige Dritte Gewalt und wurde zunehmend ein Instrument der Politik.

Ein wirksames Mittel zur Einordnung der Justiz in den Herrschaftsapparat des Nationalsozialismus war die Personalpolitik. Bereits unmittelbar nach dem 30.1.33 wurden dem Nationalsozialismus mißliebige, v.a. sozialdemokratische und jüdische Richter entlassen, von denen nicht wenige später ermordet wurden.

Der Reichstagsbeschluß vom 26.4.42 (RGBl. I, S. 247) bestätigte das Recht der politischen Instanzen, jeden unzuverlässigen Richter "mit der ihm gebührenden Sühne zu belegen", insbesondere ihn aus dem Amt zu entfernen. Diese Praxis hatte eine disziplinierende Wirkung auf die im Amt verbliebenen Richter, weil sie bei einer kritischen Haltung zum Nationalsozialismus mit der Entlassung rechnen mußten, ohne daß die Voraussetzungen für eine Amtsenthebung klar definiert waren.

Nicht regimetreue Richter wurden schon 1933 über eine Veränderung der Geschäftsverteilung ihrer bisherigen Wirkungsmöglichkeiten beraubt. Nachdem 1935 alle Gerichte dem Reichsjustizministerium unterstellt worden waren, wurde 1937 die Selbstverwaltung der Gerichte beseitigt: Das Ministerium nahm jetzt nicht nur die Ernennung, sondern auch die Geschäftsverteilung vor. Nach 1935 war für Anstellungen und Beförderungen eine positive Stellungnahme der zuständigen Gauleitung erforderlich.

Seit 1935 wertete das Reichsjustizministerium die Rechtsprechung aufgrund von Berichten der Oberlandesgerichtspräsidenten systematisch aus. Die Ergebnisse waren Grundlage für eine

allmählich stärker werdende Lenkung der Justiz. In Runderlassen, Konferenzen, Einzelgesprächen und gezielten Presseveröffentlichungen wurde den Richtern immer wieder die Auffassung des Ministeriums zu wichtigen Fragen vermittelt.

Seit 1942 stellte das Reichsjustizministerium allen Richtern auf dem Dienstweg die sogenannten Richterbriefe zu. Sie enthielten detaillierte Ausführungen über die Auslegung einzelner Gesetzesmerkmale, über das Strafmaß bei bestimmten Straftaten und über sonstige richterliche Entscheidungen. Diese Festlegungen des Ministeriums waren nicht formell, aber praktisch verbindlich.

Außerdem wurden ab 1942 in den sogenannten Vor- und Nachschaubesprechungen unter Vorsitz des jeweiligen Oberlandesgerichts- oder Landgerichtspräsidenten die politisch wichtigsten Prozesse erörtert und im Ergebnis verbindliche Anweisungen über den Fortgang der Verfahren erteilt.

Durch eine Vielzahl von Änderungen griff der Nationalsozialismus in die Gerichtsverfassung und in das Prozeßrecht ein. Zur Aburteilung politischer Delikte wurde durch Verordnung vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 136) in jedem Oberlandesgerichtsbezirk ein Sondergericht gebildet, das für Verstöße gegen die am 28.2.33 (RGBl. I, S. 83) erlassene Reichstagsbrandverordnung und für Verstöße gegen die Heimtückeverordnung vom 21.3.33 (RGBl. I, S. 135) zuständig war. Später erweiterte sich die Zuständigkeit der Sondergerichte in politischen Strafsachen erheblich.

1934 entstand der Volksgerichtshof, auf den zunächst im wesentlichen die Zuständigkeiten des Reichsgerichts in politischen Sachen übergingen, nachdem der Reichstagsbrandprozeß nicht zur Zufriedenheit der Nationalsozialisten ausgegangen war. Die Sondergerichte und der Volksgerichtshof wurden mit politisch besonders zuverlässigen Richtern besetzt. Gegen ihre Urteile gab es für die Angeklagten keine Rechtsmittel.

Im Verwaltungsrecht und im Arbeitsrecht wurde der Rechtsweg zu den Gerichten eingeschränkt. Der Instanzenzug verkürzte sich in mehreren Verfahrensarten (besonders im Verwaltungsprozeß) für den Bürger, während er für die Vertreter des "öffentlichen" Interesses teilweise verlängert wurde.

In Strafsachen wurden zwei neue Rechtsmittel gegen rechtskräftige Urteile im bisherigen Sinn eingeführt, die nur der Oberreichsanwalt einlegen konnte: der außerordentliche Einspruch und die Nichtigkeitsbeschwerde. Damit wurden zusätzlich Möglichkeiten zur Überprüfung nichtwillkommener Urteile geschaffen.

Zur wirksameren Kontrolle von Urteilen der unteren Gerichte ließ man auch die Erhöhung der Strafe in der höheren Instanz (*reformatio in peius*) wieder zu (Gesetz vom 28.6.35, RGBl. I, S. 844). Im übrigen wurden, besonders während des Krieges, zahllose Veränderungen im Prozeßrecht vorgenommen, die das Verfahren vereinfachen und beschleunigen sollten, aber gleichzeitig bisherige Sicherungen für die Betroffenen abbauten.

Die praktische Bedeutung der Justiz war im Nationalsozialismus dadurch stark eingeschränkt, daß das Rechtsprechungsmonopol der Gerichte aufgehoben wurde. Insbesondere zum Zweck der Herrschaftssicherung des Regimes erhielten andere Stellen die Möglichkeit, von sich aus, ohne richterliche Kontrolle, im bisherigen ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Gerichte konkurrierend tätig zu werden. Staatliche Behörden und Parteistellen, insbesondere die Gestapo und die SS, konnten die Einleitung der vorgeschriebenen justizförmigen Verfahren verhindern, in schwebende Verfahren eingreifen oder unabhängig vom Ausgang selbst rechtskräftig abgeschlossener Verfahren eigene Maßnahmen treffen.

Oft wurde damit ein gerichtlicher Ausspruch in sein Gegenteil verkehrt: Die Gestapo verhaftete z.B. den soeben freigesprochenen Angeklagten noch im Gerichtssaal und lieferte ihn in ein KZ ein. Um eine nachträgliche Korrektur durch die Behörden zu vermeiden, machten die Gerichte vielfach die Erwartungen der Verwaltungsinstanzen von vornherein zum Maßstab ihrer

Entscheidungen.

Führende Nationalsozialisten, insbesondere Hitler selbst, ordneten von sich aus Strafen an, oft genug die Todesstrafe. Nationalsozialisten konnten gegen Gesetze verstoßen, ohne daß sie de facto oder (wegen mehrerer Amnestien) de jure verfolgt werden konnten. Zivilrechtsstreitigkeiten wurden den Gerichten entzogen, soweit unmittelbare Interessen des Regimes berührt waren. So konnte z.B. der Reichsminister des Innern Schadenersatzklagen zur eigenen Entscheidung an sich ziehen, wenn sie im Zusammenhang mit der Machtergreifung erhoben waren (Gesetz vom 13.12.34, RGBl. I, S. 1.235).

Die Aufhebung des Rechtsprechungsmonopols der Gerichte wurde durch gesetzliche Vorschriften sanktioniert. So hieß es z.B. in § 7 des Preußischen Gesetzes über die Gestapo vom 10.2.36 (Gesetzessammlung 1936, S. 21 mit Berichtigung S. 28): "Verfügungen in Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte."

Bei der zunehmenden Verfolgung der Juden unterstützte die Justiz unmittelbar die Durchsetzung eines wichtigen politischen Zieles des Nationalsozialismus. Die zur Realisierung der antisemitischen Vorstellungen des Regimes ergangenen Gesetze waren nur teilweise mit herkömmlicher Gesetzgebungstechnik so präzise gefaßt, daß sie konkrete Anweisungen an den Richter enthielten.

Die Justiz entwickelte jedoch von sich aus beträchtliche Eigeninitiative und Phantasie, um die gegen die Juden gerichtete Gesetzgebung in die Wirklichkeit umzusetzen. Auf diese Weise beteiligten sich die Verwaltungs- und Zivilgerichte aktiv an der Entrechtung der Juden und an ihrer Hinausdrängung aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben als Vorstufen für ihre spätere Vertreibung und Ermordung.

Von Anfang an wirkte die Strafgerichtsbarkeit mit an der Unterdrückung der Gegner des Nationalsozialismus. Dafür wurden teils alte Strafgesetze ausgenutzt, teils neue Tatbestände angewandt, wie die Heimtückeverordnung oder die Volksschädlingsverordnung vom 5.9.39 (RGBl. I, S. 1.679).

Dem Nationalsozialismus schien das herkömmliche Modell des Strafgesetzes wegen der jedenfalls tendenziellen Berechenbarkeit als Sanktionsinstrument nicht mehr ausreichend. In das materielle Strafrecht wurden daher die Generalklausel und die Analogie eingeführt. Der freien Konstruktion von strafbaren Handlungen nach politischer Zweckmäßigkeit war damit Tür und Tor geöffnet.

Der Strafrahmen wurde zum Teil erheblich erweitert. Die Militärgerichte konnten seit der Verordnung vom 5.5.44 (RGBl. I, S. 115) für jede Tat alle Strafen verhängen, "wenn der regelmäßige Strafrahmen nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht". Die Straftatbestände nahmen damit den Charakter von Ermächtigungsnormen an.

Insbesondere die Richter der Sondergerichte und des Volksgerichtshofs ließen sich in das terroristische System des Nationalsozialismus einspannen, indem sie von Generalklauseln und Analogien im Sinne des Regimes Gebrauch machten. Die ordentlichen Gerichte, die Sondergerichte und der Volksgerichtshof verhängten nach Schätzungen zwischen 1933 und 45 etwa 16.000 Todesurteile, davon etwa 15.000 während der Jahre 1941 bis 45. Über zwei Drittel dieser Urteile wurden vollstreckt. Außerdem verhängte die Militärjustiz schätzungsweise 16.000 Todesurteile, von denen wiederum zwei Drittel vollstreckt wurden.

In vielen Bereichen, besonders im Zivil-, Wirtschafts-, Gewerbe- und Steuerrecht, zum Teil sogar im Strafrecht, setzten die Gerichte nach 1933 zunächst ihre frühere Rechtsprechung fort, ohne daß auf den ersten Blick eine Beeinflussung durch den Nationalsozialisten erkennbar war. Notwendig war eine Normanwendung nach bisherigen Maßstäben insbesondere auf vielen Rechtsgebieten mit wirtschaftlichem Bezug.

Denn das im Prinzip weiter privatwirtschaftlich organisierte ökonomische System blieb darauf

angewiesen, daß die Einhaltung der Vertragsbezeichnungen und der staatlich gesetzten Rahmenbedingungen im Grundsatz weiter in herkömmlicher Weise gerichtsförmig gesichert wurde.

Auch hier mußten die Gerichte aber immer die Interessen der Gemeinschaft, wie sie die politischen Instanzen des Nationalsozialismus definierten, berücksichtigen. Ihre Grenze fand die Rechtsprechung nach überkommenen Maßstäben dort, wo die politischen Interessen des Nationalsozialismus berührt wurden.

Sobald es um die Bekämpfung der Gegner des Nationalsozialismus oder um die Durchsetzung seiner spezifischen Ziele wie die Rassenpolitik oder die Aufrüstung ging, endeten die Möglichkeiten zu einer Rechtsprechung im bisherigen Sinne. Die Justiz hatte damit einen Funktionswandel erfahren. Sie war nicht mehr ein Garant wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Freiheit, sondern nur noch eine Instanz zur Regulierung derjenigen Konflikte, die ihr das Regime überlassen hatte.

Vereinzelt beteiligten sich Richter am Widerstand anderer Gruppen. Innerhalb der Justiz gab es aber keine aktiv arbeitenden Oppositionsgruppen. Immer wieder halfen zwar einzelne Richter in ihrem Amt Opfern des Systems, soweit sie konnten. So beeindruckend der persönliche Mut und das moralische Engagement dieser Richter waren, wegen der Korrekturpraxis der Gestapo erzielten sie kaum nachhaltige Wirkung.

Die Justiz wurde oft heftig angegriffen von der Parteipresse und führenden Repräsentanten des Systems. Im Großen und Ganzen erfüllte sie jedoch ihre Aufgaben so, wie es von ihr erwartet wurde. Die Richter, die aktive Nationalsozialisten waren, erkannten die politische Rolle der Justiz klar. So schrieb der langjährige Hamburger Oberlandesgerichtspräsident und spätere Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Rothenberger:

"Das Gesetz ist Führerbefehl. Der Richter, der dieses Gesetz anzuwenden hat, ist nicht nur an das Gesetz, sondern auch an die einheitlich geschlossene Weltanschauung des Führers gebunden. Aus dem neutralen, unpolitischen, staatsabgewandten Richter der liberalen Epoche ist daher geworden ein durch und durch politisch denkender, fest an die Weltanschauung des Gesetzgebers gebundener und an ihrer Verwirklichung mitarbeitender Nationalsozialist."

Nach den Worten Rothenbergers ist der Richter "einer der vornehmsten Vollstrecker des Führerwillens" (Die Stellung des Richters im Führerstaat, Deutsches Recht 1939, S. 831).

Viele Richter bekannnten sich zwar nicht zu einer so unmittelbar politischen Rolle der Justiz. Sie suchten so viel wie möglich vom traditionellen Justizverständnis zu retten, indem sie sich auf eine enge Auslegung des Gesetzes beschränkten und es vermieden, mehr als unbedingt notwendig nationalsozialistische Gedanken in ihre Urteile eingehen zu lassen.

Auch mit dieser Haltung konnten sie sich aber der ihnen zugedachten Rolle nicht entziehen. Denn sie durften nur soweit Normen anwenden, wie es der Nationalsozialismus zur Durchsetzung seiner politischen Ziele für zweckmäßig hielt. Alle andere richterliche Tätigkeit war rechtlich oder tatsächlich unmöglich.<<

Die deutsche Assessorin Christa Dopatka schreibt später über die "Sondergerichte" (x051/-544): >>Sondergerichte, 1933 als Spezialstrafkammern zur Ausschaltung politischer Gegner errichtet, im Krieg das typisch werdende Strafgericht des nationalsozialistischen Staates.

Ihre Anzahl stieg von anfänglich 26 bis Ende 42 auf 74. War die Zuständigkeit zunächst auf einzelne politische Verbrechen begrenzt, lag es ab 1938 im Ermessen der Anklagebehörde, ob eine Tat, trotz Zuständigkeit des Amts- oder Landgerichts, hier angeklagt wurde.

Von 1940 an ausschließlich für Kriegssonderstrafrecht und Straftaten im Sinne des Heimtückegesetzes zuständig. Schnelles Verfahren mit standgerichtlichem Charakter: kein gerichtliches Vorverfahren, kurze Ladungsfrist. Zunehmende Schwächung der Verteidigung bei gleichzeitiger Stärkung der Anklagebehörde; ab 1940 sofortige Verurteilung (häufig zum Tod) möglich.

Die Urteile wurden mit Verkündung rechtskräftig und z.T. umgehend vollstreckt. Herkömmliche Rechtsmittel waren nicht zulässig. Urteile der Sondergerichte konnten nur durch das Reichsgericht nach Einlegung des außerordentlichen Einspruchs oder Nichtigkeitsbeschwerde aufgehoben werden.<<

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war trotz der drakonischen NS-Diktatur nicht unzufrieden, denn nach Hitlers Machtergreifung hatten viele ehemalige Arbeitslose im Jahre 1933 endlich wieder "Arbeit, Brot, Sicherheit und Ruhe".

Der französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, berichtet im Jahre 1933 über die Haltung der deutschen Bevölkerung (x243/45): >>Das Erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete. ...

Die Vorstellung, daß eine Regierung lügen könne, geht nicht leicht in die Köpfe der Deutschen ein. Die angeborene Achtung, die sie vor der gesetzmäßigen Autorität haben, bringt sie dazu, sich allem unterzuordnen, was von ihr ausgeht, und dies erst recht, wenn es sich um einen so besonderen Mann handelt, den der Marschall als Reichskanzler berief und der sich als Retter der Bedrängten aus gibt. ...<<

Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schreibt später über die "Wirtschaft" des NS-Regimes in den Jahren 1933-1935/36 (x051/649): >>Wirtschaft. Die Wirtschaft gehörte - neben Partei, Bürokratie und Militär - zu den Grundsäulen der nationalsozialistischen Herrschaft. Ihre Geschichte kann in drei Phasen untergliedert werden:

1) 1933-35/36: Zu Beginn dieser Phase stand die Wirtschaft im Zeichen der großen Krise. Bei ihrer Überwindung spielte die Aufrüstung von Anfang an eine namhafte Rolle. Die entsprechende Weichenstellung erfolgte 1933/34, und zwar auf zwei Ebenen: Zum einen stiegen die Rüstungsausgaben (Aufrüstung) bereits 1934 auf 4,2 Milliarden RM, zum anderen nahm man strukturelle Veränderungen in der Produktion vor, um den in wenigen Jahren zu erwartenden höheren Rüstungsanforderungen gewachsen zu sein.

Für die Öffentlichkeit standen 1933/34 nicht die Rüstungs-, sondern die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Vordergrund. Besonders publikumswirksam waren zudem der Bau der Reichsautobahn und die Ehestandsdarlehen. Die Finanzierung der Aufrüstungs- wie der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde vorwiegend durch Geld- und Kreditschöpfung mittels der Mefo-Wechsel bewältigt.

Auch im Außenhandel kam es aufgrund des Neuen Plans vom September 34 unter Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Schacht zu gravierenden Veränderungen. Obwohl die Anfänge einer Neuorientierung in diesem Bereich schon auf die Präsidialkabinette zurückgehen, bewirkten erst die komplette Reglementierung des Außenhandels (inklusive Devisenbewirtschaftung) sowie die Bilateralisierung der Außenhandelsbeziehungen eine Verlagerung des Außenhandels vom atlantischen in den (südost-)europäischen Raum, die den deutschen Großraumplänen zugute kommen sollte.

Die Wirtschaft wurde neu organisiert. In allen Bereichen (Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft) wurden die Betriebe zu hierarchisch (nach dem Führerprinzip) strukturierten Organisationen auf horizontaler wie auf vertikaler Ebene zusammengeschlossen. Im neuen "Reichsstand der deutschen Industrie" waren die Konzerne tonangebend. Sie profitierten zudem vom fortschreitenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, der nicht zuletzt mittels Zwangskartellierungen und Pflichtgemeinschaften vorangetrieben wurde.

Es ist immer wieder versucht worden, das Verhältnis von Industrie und nationalsozialistischer Führung theoretisch zu erfassen. Die Breite der Erklärungsansätze ist groß - allein schon innerhalb der Gruppe der Faschismustheorien.

Sie reicht von der Annahme bestimmter funktioneller und struktureller (Wirkungs-)Zusammenhänge von Politik und Ökonomie (bei gleichzeitiger Vergrößerung des staatlichen

Handlungsspielraumes) bis hin zur Annahme einer Interessenidentität zwischen "Monopolkapital" und faschistischer Führung. Im Unterschied zu den Faschismustheorien werden in den Totalitarismustheorien mehr der Zwangscharakter der "Gleichschaltung" und die politische Machtlosigkeit der Wirtschaft hervorgehoben.

Die nationalsozialistische Führung verfügte über keine geschlossene Wirtschaftskonzeption. Sie orientierte sich jedoch an einigen Leitlinien: Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln (Ausnahme: Arierisierung) bei gleichzeitiger Ausschaltung einer freien Arbeitervertretung in den Betrieben zum einen und Ausrichtung der Wirtschaft auf Rüstung und Autarkie im Zeichen expansionistischer Außen-(handels-)politik zum anderen.

Mit diesen Grundlinien der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik stimmten die führenden Unternehmer weitgehend überein, was Konflikte auf konkreter Handlungsebene nicht ausschloß. ...<<

Im Jahre 1933 verloren schon Hunderte von Hochschullehrern, 4.000 Rechtsanwälte, 3.000 Ärzte, 2.000 Beamte sowie etwa 2.000 Schauspieler und Musiker ihre Stellen, weil sie Juden waren (x062/430). Die Entlassungen bzw. Berufsverbote für jüdische Beamte, Ärzte und Rechtsanwälte galten damals noch nicht für ehemalige jüdische Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges.

Im Jahre 1933 verließen rund 37.000 jüdische Emigranten ihre deutsche Heimat (x075/81).

Ende 1933 lebten noch 408.082 deutsche Juden und 94.717 ausländische Juden im Deutschen Reich (x014/22).

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Judenverfolgung" durch die NSDAP in den Jahren 1933-1935 (x051/289-290): >>(Judenverfolgung) ...

Das erste Ausnahmegesetz war dann das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.33, nach dem u.a. Beamte nichtarischer Abstammung in den Ruhestand zu versetzen oder (Ehrenbeamte) zu entlassen waren (Arierparagraf).

Ausgenommen hiervon waren auf Wunsch des Reichspräsidenten Hindenburg zunächst Beamte, die bereits seit dem 1.8.14 im Beamtenverhältnis gestanden oder die im Ersten Weltkrieg für Deutschland bzw. seine Verbündeten gekämpft oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen waren.

Als nichtarisch wurden nach der 1. Verordnung zur Durchführung (DVO) vom 11.4.33 angesehen, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammte, wobei es genügte, wenn ein Eltern- oder Großelternanteil nichtarisch war.

Schon vor Erlaß des Berufsbeamtengesetzes hatten einzelne Länder und Kommunalbehörden (ohne Gesetzesgrundlage) Anordnungen zur Beurlaubung von Beamten getroffen. Während bei den Ländern hiervon überwiegend Richter und Staatsanwälte betroffen waren (Bayern und Preußen 31.3.33), fielen bei den Kommunen unter diese Maßnahme Beamte aller Laufbahnen und jeder (Fach-)Richtung. Darüber hinaus hatten sie häufig willkürliche Amtsenthebungen verfügt oder Beamte so unter Druck gesetzt, daß sie von sich aus ihr Amt niederlegten.

Parallel zu dem Ausnahmegesetz für die jüdischen Beamten wurden Maßnahmen ergriffen, die eine Einschränkung der Tätigkeit in vielen Berufen zum Gegenstand hatten: So wurde z.B. die Neuzulassung nichtarischer Rechtsanwälte ausgeschlossen und die Rücknahme der Zulassung zugelassener (unter gewissen Voraussetzungen) Anwälte gestattet (7.4.33), die Tätigkeit jüdischer Ärzte, Zahnärzte und Zahntechniker bei den Krankenkassen für beendet sowie die Neuzulassung für unzulässig erklärt (22.4.33); Juden erhielten keine Apothekenkonzession (17.4.34) mehr.

Neben den Maßnahmen gegen diese Berufsgruppen begann man mit der Ausschaltung der Juden aus dem Kulturleben. Grundlage hierfür war das "Gesetz über die Errichtung der Reichskulturkammer" vom 22.9.33. Nichtarier wurden in die Kammer nicht aufgenommen.

Während sich die einschränkenden Maßnahmen der Judenverfolgung in den ersten beiden

Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft im wesentlichen auf bestimmte Berufsgruppen beschränkten, wurden mit Erlaß der sogenannten Nürnberger Gesetze vom 15.9.35, dem "Reichsbürgergesetz" (RBüGes) und dem "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" (BlSchGes), die Juden allgemein betroffen.

Durch das RBüGes wurden Juden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, blieben jedoch deutsche Staatsangehörige.

Nach der "1. DVO zum RBüGes" vom 14.11.35 war nun als Jude anzusehen, wer von mindestens drei der "Rasse" nach volljüdischen Großeltern abstammte und (unter gewissen Voraussetzungen) der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende Mischling.

Als Nichtreichsbürgern stand den Juden in politischen Angelegenheiten kein Stimmrecht zu und sie konnten keine öffentlichen Ämter bekleiden. Die noch tätigen jüdischen Beamten und andere im öffentlichen Dienst stehenden Juden waren zu entlassen. Die Ausnahmeregelung für Frontkämpfer und andere privilegierte Juden fiel damit weg. Das BlSchGes verbot die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden und drohte im Falle der Zuwiderhandlung Zuchthausstrafe an. Untersagt und mit Zuchthaus oder Gefängnis bedroht war ebenfalls der außereheliche Verkehr zwischen Personen dieser Kreise.

Die Nürnberger Gesetze brachten nicht nur die von den Nationalsozialisten angestrebte Trennung zwischen Juden und Nichtjuden; sie waren in der Folgezeit auch die Grundlage für den systematischen Ausschluß der Juden aus der staatlichen Gemeinschaft. Von der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben nahmen die Machthaber zunächst noch Abstand.

Zwar hatten jüdische Gewerbetreibende und Unternehmer verschiedentlich unter Einschränkungsmaßnahmen zu leiden (z.B. Aufruf der Parteileitung der NSDAP vom 29.3.33 zum planmäßigen Judenboykott) und in Einzelfällen war es auch schon zur Ausschaltung aus ihrem Tätigkeitsgebiet gekommen (z.B. Waffenherstellung, -reparatur und -handel; Versteigerungsgewerbe); aus Gründen eines störungsfreien wirtschaftlichen Wiederaufbaus ließ man sie fürs Erste unbehelligt. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Verwirklichung der NS-Pläne (x051/406):
>>(Nationalsozialismus) ... Was den Nationalsozialismus aber v.a. vom übrigen europäischen Faschismus (auch vom italienischen) unterscheidet, ist die geradezu brutale Folgerichtigkeit, mit der er von 1933 an sein politisches Programm (mit Ausnahme des Antikapitalismus) verwirklichte:

1) Die völlige Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Beseitigung des Rechtsstaates und der Aufbau einer totalitären Diktatur, d.h. eines nach dem Führerprinzip gestalteten Einparteienstaates der NSDAP mit dem "Führer und Reichskanzler" Hitler an der Spitze, war schon Mitte 34 im Wesentlichen abgeschlossen (Gleichschaltung).

Fast alle Deutschen waren in der NSDAP (1935 rund 2,5 Millionen Mitglieder) und/oder in den ihr angeschlossenen Verbänden total erfaßt, durch die Organe der Staatssicherheit (insbesondere den Sicherheitsdienst der SS) einer fast lückenlosen politischen Kontrolle unterworfen und völlig auf die politischen Ziele des nationalsozialistischen Regimes ausgerichtet.

Die Gegner des Nationalsozialismus waren zum Großteil ins Ausland geflohen, inhaftiert (schon Ende Februar 33 Errichtung der ersten Konzentrationslager) oder getötet, die innerparteilichen Konkurrenten Hitlers, v.a. die in der SA (Röhm-Affäre), ausgeschaltet worden.

Durch die Propaganda der jetzt staatlich gelenkten Medien (Presse, Rundfunk), die ständigen Massenveranstaltungen der NSDAP und ihrer Verbände und die v.a. auf den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen entfalteten Rituale und schließlich auch durch gelenkte Volksabstimmungen, mit denen Hitler und seine Regierung wichtige politische Maßnahmen scheindemokratisch legitimieren ließen, wurde die Fiktion einer unter der Führung Hitlers geeinten "Volksgemeinschaft" ständig neu erzeugt und aufrechterhalten. –

2) Die Judenverfolgung mündete in den Völkermord der Endlösung. Ein ähnliches Schicksal

erlitten andere "rassisch minderwertige" Bevölkerungsgruppen, so die "Zigeuner" und die geistig Behinderten (Euthanasie). –

3) Der Vorbereitung eines Angriffskrieges zur "Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung" (Hitler am 3.2.33 vor Reichswehrgenerälen) dienten die bereits Ende 33 begonnene, zunächst geheime Aufrüstung, der Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund und der internationalen Abrüstungskonferenz (Oktober 33) sowie – unter Bruch des Versailler Vertrages – die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (März 35) und die Rheinlandbesetzung (März 36).

Am 5.11.37 gab Hitler vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht seine Absicht, einen Angriffskrieg zu entfesseln, offen zu Protokoll (Hoßbach-Niederschrift) und entlarvte damit seine wiederholten öffentlichen Friedensbeteuerungen als Lüge. Am 1.9.39 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. –

4) Schon vor Kriegsbeginn hatte das nationalsozialistische Deutschland wesentliche Teile des Versailler Vertrages "revidiert", war durch die Rückgliederung des Saarlandes (Januar 35), den Anschluß Österreichs (März 38) und des Sudetenlandes (Oktober 38) ans Deutsche Reich dem Ziel der Schaffung eines "großdeutschen" Staates nahe gekommen; durch die faktische Angliederung der zum Protektorat Böhmen und Mähren ernannten sogenannten Resttschechei (März 39) war dieser über die Grenzen der deutschen Nationalität hinaus ausgeweitet, nach der Eroberung des westlichen Polens (Oktober 39) die Bildung des Großdeutschen Reiches abgeschlossen.

Der vom Nationalsozialismus entfesselte Weltkrieg endete mit der völligen Niederlage Deutschlands und der Bedingungslosen Kapitulation seiner Truppen am 7./8.5.45. Deutschland wurde von den Alliierten besetzt, die NSDAP mitsamt ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10.10.45 verboten und aufgelöst; ihre Mitglieder (1945 rund 8,5 Millionen) und Sympathisanten wurden einem Entnazifizierungsverfahren unterzogen, die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher angeklagt und verurteilt (Nürnberger Prozesse).

Mit Ausnahme der tatsächlich fast völligen Vernichtung des europäischen Judentums hat so Hitler keines seiner politischen Ziele erreicht. Die bis heute nachwirkenden Ergebnisse und Folgen des Nationalsozialismus sind vielmehr

das Ende eines gesamtdeutschen Staates, der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht, die Sowjetisierung Ost- und Ostmitteleuropas und die Teilung Europas in ein kommunistisch regiertes Ost- und ein demokratisches Westeuropa.

Im Neonazismus lebte der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre weiter und seit Ende der 70er Jahre wieder auf, bisher freilich ohne wesentliche politische Bedeutung.<<

UdSSR: Im Winter 1932/33 verhungern durch Stalins Zwangskollektivierung in der fruchtbaren Ukraine ("osteuropäische Kornkammer") etwa 6 bis 7 Millionen Ukrainer und sterben vielfach unter grauenvollen Umständen (x046/190, x075/93, x087/71).

Alfred Grosser (französischer Politologe und Publizist) schreibt später über die Hungerkatastrophen 1932/33 in der Ukraine (x075/92-93): >>... Das Verbrechen, das am ehesten die Bezeichnung Genozid verdient, war sicher das an den Ukrainern zwischen 1930 und 1932.

Die Behandlung, der die Ukraine ausgesetzt war – "verschleierter Holocaust", "Holocaust durch Hunger" -, war grundsätzlich anderer Art als diejenige, die die sowjetische Gesamtbevölkerung unter der Bezeichnung "Kulakenvertreibung" erfuhr.

Dieses Verbrechen wurde aber so geschickt verschleiert, so erfolgreich totgeschwiegen, daß es erst nach mehreren Jahrzehnten wirklich in die Geschichte aufgenommen wurde: Selbst die besten Bücher über den Genozid im 20. Jahrhundert schweigen sich darüber aus.

... Es ging ganz einfach darum, auf brutale Weise zu verhindern, daß die Ukraine mit der 1921

grundsätzlich eröffneten Möglichkeit, einen eigenen nationalen bzw. regionalen Weg zum Sozialismus zu beschreiten und auch das Ukrainische als Amtssprache zu benutzen, Ernst zu machen versuchte.

In dem Agrarland Ukraine deckte sich die nationale Frage mit der Bauernfrage, so daß es am 25. Dezember 1929 zu folgender Entscheidung der Ukrainischen Kommunistischen Partei kam: 1930 sollte nur ein Fünftel der Landwirtschaft kollektiviert werden.

Ein paar Tage später kam aus Moskau der Befehl, innerhalb von drei Jahren hundertprozentig zu kollektivieren. Unter der Aufsicht von 100.000 von außerhalb zugezogenen Beamten wurden bis Ende 1930 siebenzig Prozent der Betriebe auf Kolchosen umgestellt, während man die Ukrainer zugleich zwang, einen Großteil der Ernteerträge in die anderen Sowjetrepubliken auszuführen. Die Reserven wurden geplündert, einschließlich des Saatgutes, von dem sich auch die Hungernden ernährten; Getreideanbau war somit nicht mehr möglich.

Viele Ukrainer versuchten zu fliehen, andere suchten jenseits der Grenze nach Nahrung, aber die Grenze war geschlossen und wurde militärisch bewacht. Kein Grenzübertritt ohne Sondergenehmigung, keine Einfuhr von Nahrungsmitteln, obwohl die Dörfer jenseits der Grenze genügend Vorräte hatten.

Unter den etwa 7 Millionen Toten, die dieser organisierten Hungersnot zum Opfer fielen, waren – weniger überlebensfähig als die Erwachsenen – drei Millionen Kinder. Eine weitere Million Ukrainer, als Kulaken abgestempelt, wurde verschleppt, unter anderem nach Kolyma.

Vielleicht lag keine Absicht vor, die Ukrainer vollständig zu vernichten, zumindest aber gab es den Entschluß, eine große Anzahl von ihnen umkommen zu lassen. Und auf jeden Fall sollten alle Eliten beseitigt werden, wie es später auch im Baltikum und in Polen geschah. ...<<

Der französische Historiker Nicolas Werth schreibt später über die große Hungersnot in der Ukraine und im Nordkaukasus 1932/33 (x265/183-184): >>... Unter Drohungen, ja sogar Folter, wurden die Landwirte gezwungen, ihre gesamten mageren Vorräte anzuliefern und hatten weder die Mittel noch die Möglichkeit, sich irgend etwas zu kaufen.

So waren Millionen von Bauern aus den reichsten Agrargebieten der Sowjetunion dem Hunger ausgesetzt und hatten keine andere Möglichkeit, als in die Städte zu ziehen. Deshalb führte die Regierung am 27. Dezember 1932 den Inlandspañ und die Zwangsregistrierung für alle Stadtbewohner ein. Die Absicht war, die Landflucht zu begrenzen, "das soziale Schmarotzertum auszumerzen" und "die kulakische Unterwanderung der Städte zu bekämpfen".

Im Blick auf die Massenflucht der um ihr Überleben kämpfenden Bauern gab die Regierung am 22. Januar 1933 ein Rundschreiben heraus, das für Millionen Hungernde den sicheren Tod bedeutete. Das von Stalin und Molotow unterzeichnete Schreiben befahl den Lokalbehörden und insbesondere der GPU, "die Massenabwanderung der ukrainischen und nordkaukasischen Bauern in die Städte" zu verbieten. "Die konterrevolutionären Elemente sind zu verhaften, und die übrigen Flüchtlinge in ihre Wohnorte zurückzubringen."

Das Rundschreiben hatte folgende Erklärung für die Lage: "Das Zentralkomitee und die Regierung haben Beweise dafür, daß die Massenflucht der Bauern von den Gegnern der Sowjetmacht, den Konterrevolutionären und den polnischen Agenten, organisiert worden ist. Ihr Ziel ist eine Propaganda gegen das Kolchosesystem im besonderen und der Sowjetmacht im allgemeinen."

In allen von der Hungersnot betroffenen Gebieten wurde der Verkauf von Bahnfahrkarten sofort eingestellt; von den Sondereinheiten der GPU errichtete Kontrollsperrren sollten die Bauern daran hindern, ihre Distrikte zu verlassen.

Anfang März 1933 meldete ein Bericht der politischen Polizei, daß im Rahmen der Operationen gegen die Abwanderung der Bauern in die Städte innerhalb eines Monats 219.460 Personen aufgegriffen worden seien. 186.588 von ihnen seien "in ihre Heimatregion zurückgebracht", die anderen festgenommen und verurteilt worden. Aber über den Zustand der aus den

Städten Vertriebenen schweigt der Bericht.

Hierzu ein Augenzeugenbericht des italienischen Konsuls von Charkow, das mitten in den von der Hungersnot betroffenen Regionen liegt:

"Seit einer Woche wurde ein Dienst organisiert, um die ausgesetzten Kinder einzusammeln. Denn neben den Bauern, die in die Städte strömten, weil sie auf dem Lande keine Möglichkeit mehr zum Überleben haben, gibt es auch Kinder, die hierhergebracht und dann von den Eltern, die zum Sterben in ihre Dörfer zurückkehren, in der Hoffnung ausgesetzt werden, daß irgend jemand in der Stadt sich ihrer Nachkommenschaft annimmt. Seit einer Woche hat man ... (Frauen) organisiert, die in weißen Blusen durch die Stadt patrouillieren und die Kinder zum nächstgelegenen Polizeiposten bringen. ...

Gegen Mitternacht bringt man sie in Lastwagen zum Güterbahnhof von Severo Donetz. Auch die in den Bahnhöfen und Zügen aufgelesenen Kinder und die tagsüber in der Stadt aufgegriffenen Bauernfamilien und älteren Einzelpersonen werden dort zusammengetrieben. Das Sanitätspersonal ist mit der "Selektion" beauftragt. Diejenigen, die noch nicht aufgedunsen sind und eine Chance zum Überleben haben, kommen in die Backenlager von Holodnaja Gora, wo ein Volk von 8.000 Seelen, meistens Kinder, auf den Strohlagern der Lagerhallen mit dem Tode kämpft. ...

Die Aufgedunsenen werden mit Güterzügen aufs Land hinausgefahren und 50 bis 60 Kilometer hinter der Stadt ausgesetzt, wo sie sterben, ohne daß man sie sieht. ... Sofort nach der Ankunft an den Stellen, an denen entlassen wird, werden große Gruben ausgehoben, und die Toten aus den Waggons herausgeholt."

Auf dem Lande erreichte die Sterblichkeitsrate im Frühjahr 1933 ihren Höhepunkt. Zum Hunger kam der Typhus; in Ortschaften, in denen ursprünglich mehrere Tausend Menschen lebten, zählte man nur ein paar Dutzend Überlebende. In den Berichten der GPU werden Fälle von Kannibalismus erwähnt. Auch die in Charkow sitzenden italienischen Diplomaten schreiben davon:

"Jede Nacht werden in Charkow 250 Leichen eingesammelt, Verhungerte und Typhustote. Wie man feststellte, hatten viele von ihnen keine Leber mehr. Sie schien durch einen großen Schnitt in das Fleisch herausgerissen worden zu sein. Die Polizei stieß schließlich auf einige mysteriöse "Amputierer", die zugaben, mit diesem Fleisch die Füllung der Pirojiki (kleine Pasteten) zubereitet zu haben. Die Pirojiki hatten sie anschließend auf dem Markt verkauft. ...<<

[Die deutsche Publizistin Vera Lengsfeld berichtet später \(im Juli 2019\) über die Hungerkatastrophe in der Ukraine \(x1.089/...\): >>Roter Hunger - Stalins Krieg gegen die Ukraine](#)

Autor: *Vera Lengsfeld*

Es gibt Bücher, die zu lesen es viel Überwindung kostet. Bei der Lektüre von Anne Applebaums "Roter Hunger" mußte ich mich mehrmals zwingen, weiterzumachen. Was hier über die politisch inszenierte und exekutierte Hungerkatastrophe in der Ukraine Anfang der 30er Jahre des totalitären 20. Jahrhunderts geschrieben wird erfordert starke Nerven und einen ebensolchen Magen. Aber ich sagte mir immer wieder, daß, was Menschen erleiden mußten, ich es wenigstens zur Kenntnis nehmen muß. Wir müssen in den Abgrund blicken, um Mittel zu finden, nicht endgültig in ihm zu versinken.

Die Ukraine ist Teil Europas und ihr Schicksal ist eng mit der europäischen Geschichte verknüpft. Wer die heutigen Konflikte um die Ukraine verstehen will, muß diese Geschichte zur Kenntnis nehmen.

Während eines großen Teils der Geschichte war das Gebiet, das wir heute Ukraine nennen, was im russischen und im polnischen Grenzland bedeutet, eine Kolonie anderer europäischer Mächte. Seit dem späten Mittelalter gibt es eine ukrainische Sprache, eine ukrainische Küche, Sitten, Bräuche, Legenden und Helden wie Bösewichte. Im 18. und 19. Jahrhundert bildete

sich, wie bei anderen europäischen Völkern ein Nationalbewußtsein heraus. Aber fehlende natürliche Grenzen verhinderten lange die Bildung eines eigenen Staates.

Das gelang erstmals in der ukrainischen Revolution 1917, die eine Ukrainische Volksrepublik innerhalb der Russischen Föderation hervorbrachte. Diese Republik war den Bolschewisten von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie starteten im Januar 1918 ihren ersten Angriff. Von da an gab es eine fast ununterbrochene ukrainische Nationalbewegung gegen die Bolschewiki. Diese Bewegung war selbst sozialistisch, wollte aber einen eigenständigen Weg. Um die lange Geschichte des Bürgerkrieges kurz zu fassen, kann man sagen, daß es in der Ukraine den heftigsten und längsten Widerstand gegen die Bolschewisten gab.

Neben ihrem nationalen Vorurteil hatten die Bolschewiki auch besondere politische Gründe, die ukrainische Unabhängigkeit abzulehnen. Hier lebten hauptsächlich Bauern und laut marxistischer Theorie waren die Bauern zweifelhafte Elemente.

Hinzu kam, daß die Bolschewiki den Zusammenhang zwischen Ernährung und Macht sehr gut kannten. Sie betrachteten Lebensmittel, wie heute noch die koreanischen Herrscher, als Waffe. Erstmals wurde diese Waffe im "Kriegskommunismus" eingesetzt. Im Mai 1918 rief der Rat der Volkskommissare eine "Ernährungsdiktatur" aus, stellte eine "Ernährungsarmee" auf und rief den Kampf an der "Ernährungsfront" aus. Hier finden sich alle Elemente des künftigen Holodomor. Der brutalste Ernährungskrieger war Stalin, der mit 450 Rotarmisten nach Zariżyn, heute Wolgograd fuhr und dort mit solcher Härte Getreide beschaffte, daß Leo Trotzki bei Lenin auf Stalins Abberufung drängte.

Lenin folgte Trotzki's Argumenten und holte Stalin zurück. Stalin empfand sein Wirken in der Stadt aber so wichtig, daß er später ihre Umbenennung in Stalingrad verfügte.

Als die Bolschewiki den Bürgerkrieg gewonnen hatten, begannen sie umgehend, ihre Vorstellungen von Landwirtschaft durchzusetzen. Der Kampf gegen die Kulaken wurde ausgerufen, der später in der Liquidierung der Menschen endete, die als Kulaken eingestuft wurden.

Wer waren die Kulaken? Es handelt sich hier um eine Begriffsschöpfung, die im Verlauf der Entkulakisierung immer mehr erweitert wurde. Im August 1929 erließ der ukrainische Rat der Volkskommissare ein Dekret, welches "Kulakenhöfe" definierte: Höfe, auf denen regelmäßig Saisonarbeiter angestellt wurden, zu denen eine Mühle, eine Gerberei, Ziegelei gehörten und deren Besitzer regelmäßig Gebäude oder landwirtschaftliche Geräte mieteten.

Bald fielen darunter aber auch Bauern, auf die das alles nicht zutraf, die aber trotzdem enteignet wurden. Sie wurden als Podkulaschniki, Unterkulaken bezeichnet. Es genügte, einmal eine Unzufriedenheit geäußert zu haben. Auf den Höhepunkt des Holodomor 1932 wurde allen Bauern alles weggenommen, auch das Saatgut und die Vorräte für den eigenen Verbrauch.

Die erste Hungersnot ereignete sich Anfang der Zwanzigerjahre. Sie unterschied sich grundsätzlich vom Holodomor. Das Regime gab zu, daß es eine Hungersnot gab, und ließ internationale Hilfe zu. Auslöser der Katastrophe waren das Scheitern des Kriegskommunismus und der ersten Welle der Kollektivierung der Landwirtschaft. Um diese Krise zu beenden, erfand Lenin die "Neue Ökonomische Politik", die wieder private Initiative und Handel zuließ. Der Erfolg der NEP zeigte, daß auch eine gefesselte rudimentäre Marktwirtschaft viel Kraft entfaltet. Der Hunger hörte schnell auf, aber die Bolschewiki lernten nicht aus ihren Fehlern, sondern wiederholten sie unter Stalin in verschärfter Form.

Was wir heute als Holodomor bezeichnen, die politisch organisierte und exekutierte Aushungerung der ukrainischen Bauernschaft begann Anfang der 30er Jahre mit der zweiten Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Stalin und seine Sowjetführung führten "außerordentliche Maßnahmen", d.h. den Ausnahmezustand ein. Die Gewalt, die Stalin zehn Jahre zuvor in Zariżyn angewandt hatte, kam in der Sprache des Kriegskommunismus zurück. Seine Kollektivierungspolitik war das ideologische Werkzeug, das Stalin zum unangefochtenen Führer der KPdSU machte. Er entledigte sich erst der "Linksabweichler" wie Trotzki, nach

dem Holodomor beseitigte er die "Rechtsabweichler" wie Bucharin.

In der ersten Welle der Kollektivierung ging es darum, die Bauern durch immer höhere Abgaben zum Aufgeben und Übertritt in die Kolchosen zu bewegen. Als das nicht zum gewünschten Ergebnis führte, begann die Vertreibung der Kulaken aus ihrem Besitz und die Deportationen.

Manchmal konnten die Kulaken in ihrer Region bleiben, aber sie durften sich nur auf den schlechtesten Böden niederlassen. Die meisten aber wurden umgesiedelt, nach Sibirien oder nach Mittelasien. Mit diesen Kulakentransporten begann die Entwicklung des Gulag, des Zwangsarbeitslager-Systems. Die Deportationen fanden mit großer Brutalität statt. Applebaum schildert, daß auch Babys nackt ausgezogen und mit ihren ebenfalls nackten Müttern im Schnee ausgesetzt wurden, während man ihr Haus plünderte.

Verantwortlich dafür waren die Trupps der 25.000, Komsomolzen aus der Stadt, ländliches Lumpenproletariat und Kriminelle, die auf Anweisung der Partei die Entkulakisierung ausführten. Ein im Westen bekannter Entkulakisierer war der spätere Dissident Lew Kopelew, der im Alter tief beschämt war, wenn er an seine Beteiligung zurückdachte. Er konnte es nicht mehr fassen, daß er so mitleidlos, weil ideologisch verblendet war. Auch Wassili Grossman, der später als Kriegsberichterstatter berühmt wurde und der bewegende Romane über den Kampf der Roten Armee verfaßte, gehörte zu diesen Trupps.

"Ich bin nicht mehr behext und sehe die Menschen. Warum war ich wie Eis? Die Menschen haben doch so gelitten und was wurde ihnen nicht alles angetan! Aber immer wieder hieß es: Das sind keine Menschen, das ist Kulakenpack."

Natürlich konnten diese Zustände nicht verborgen bleiben. Es gab immer wieder Genossen, die es wagten, ihm das Elend zu schildern. Schließlich hielt es Stalin für notwendig, Stellung zu nehmen. In einem Prawda-Artikel schob er den Akteuren vor Ort die Schuld an allen Exzessen zu. Sie hätten, trunken von ihren Erfolgen, das richtige Maß verloren. Es sei die Aufgabe der Partei, diese gefährlichen und schädlichen Tendenzen "auszumerzen".

Wer sich nun eine Änderung der Politik erhofft hatte, lag nicht falsch, aber es war eine Veränderung zum Schlimmeren. Am 18. November 1932 wurde eine Resolution verabschiedet, nach der "die vollständige Erfüllung der Getreideabgabepäne erste Pflicht" sei, der alles untergeordnet werden müsse, einschließlich der Saatgutreserven, des Viehfutters und der Lebensmittelrationen. Danach wurden die Dörfer von der Geheimpolizei abgeriegelt und den Bauern alles weggenommen.

Die dritte Terrorwelle im Holodomor war auf die vollständige Vernichtung der Bauern durch Hunger ausgerichtet. Die Grenzen der Ukraine wurden abgesperrt, um die Flüchtlinge zu stoppen. Bauern, die es in die Städte geschafft hatten, in der Hoffnung, etwas zum Essen zu ergattern, wurden eingefangen und zurück in ihre Dörfer gebracht. Selbst etwas zu kaufen, wurde ihnen nicht gestattet. Sie waren in den Menschenschlangen, die nach Brot anstanden, leicht an ihren Lumpen zu erkennen. Sie wurden rausgezerrt, auf LKWs verladen und zum Schluß, als sie schon schwach genug waren, einfach in eine Schlucht gekippt, wo sie verendeten.

Die Trupps, die durch die Dörfer zogen, requirierten nicht mehr, sie vernichteten alle Lebensmittel, die sie fanden. Sie waren mit langen Eisenstangen bewaffnet, die sie in Wände, Öfen, Böden stachen, um versteckte Lebensmittel zu finden. Sie holten Brote aus den Öfen, nahmen Suppen vom Feuer und kippten sie aus. Sie bezogen auf Hügeln Stellung, um zu beobachten, ob aus einem Schornstein Rauch aufsteigt, weil gekocht wurde. Zum Schluß war jeder verdächtig, der noch lebte. "Warum seid ihr noch nicht tot?" schreien sie, wenn sie Menschen noch am Leben fanden, denen sie doch bereits alles weggenommen hatten.

Das alles hatte nichts mehr mit Nahrungsmittelbeschaffung zu tun, sondern mit bloßer Vernichtung. Wie es diese Komsomolzen fertig brachten, Menschen so in den Tod zu treiben, ist

ein Phänomen, das zeigt, wie weit Ideologien entmenschlichen können. Natürlich waren es nicht die Komsomolzen allein. Sie hatten willige Helfer unter den Ukrainern. Applebaum schreibt, daß etwa die Hälfte dieser ukrainische Helfer selbst verhungerte, weil man ihnen nicht den versprochenen Anteil an requirierter Nahrung ließ, sondern ihnen ihre Beute vollständig abnahm.

Am Ende waren die Menschen so erschöpft, daß jeder Widerstand aufhörte.

Wer sich der Aushungerung der effektivsten Bauern entgegenstellte, auch nur leise Kritik anmeldete, oder als ineffizient bei der Ausführung der Befehle betrachtet wurde, geriet in die stalinsche Vernichtungsmaschinerie. Davon war Stalins eigene Familie nicht ausgenommen. Als ersten traf es Stalins Schwager Stalislaw Reddens, der Chef des ukrainischen Geheimdienstes. Er wurde auf Stalins Befehl abgesetzt und erschossen. Seine Witwe erfuhr erst in der Chruschtschow-Ära von seinem Tod. Stalins Frau Nadeshda Allilujewa, die von Kommilitonen des Moskauer Technikums erfuhr, was sich in der Ukraine abspielte, verübte Selbstmord. Es gibt keine verlässlichen Zahlen, wie viele während des Holodomor verhungert sind. Die Angaben schwanken zwischen 4 und 10 Million. Während die Menschen verhungerten, exportierten die Sowjets Getreide, Fleisch, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel.

Mindestens ebenso viel Energie wie in die Entkulakisierung steckte die Partei in die Kampagne zur Vertuschung des Holodomor. Obwohl hunderttausende zum Skelett abgemagerte Menschen die Bahnhöfe, Bahnstrecken und Städte bevölkerten, kamen die Bolschewiki mit ihrer Leugnung durch. Das gelang, weil die Intellektuellen in der Sowjetunion schwiegen und es willige Helfer im Westen gab, wie der New York Times-Journalist Walter Duranty, der in einem wirksamen Artikel die Berichte über die Verhungerten in der Ukraine für unglaubwürdig erklärte. Erst nach dem Ende der Sowjetunion war es möglich, Licht in dieses dunkle Kapitel der Geschichte zu bringen.

Anne Applebaums Buch ist ein unverzichtbarer Beitrag.<<

Polen: Nach Hitlers Machtübernahme nehmen Staatschef Pilsudski und Außenminister Jozef Beck (1894-1944) im Jahre 1933 frühzeitig Kontakte mit dem NS-Reich auf. Die polnisch-deutschen Gespräche und Vereinbarungen unterstützten Hitlers Pläne und stören gleichzeitig das französisch-polnische Bündnissystem.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtet später (im Oktober 2019) über das Schicksal der Volksdeutschen bis 1933 in Polen (x358/12-15): >>**Das**

Leid im Osten

_ von Rüdiger Lenhoff

Nach dem Diktatfrieden von Versailles waren zahlreiche Deutsche in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Repressionen durch Polen ausgesetzt. Dabei kam es zu furchtbaren Verbrechen.

... Polnische Chauvinisten

Der Versailler Vertrag hatte bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze die Frage der Volkszugehörigkeit der ansässigen Bevölkerung weitgehend ignoriert. Ohne Referenden wurde der größte Teil Westpreußens, der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (das Gebiet von Soldau) per Federstrich an Polen abgetreten. Unter Protest der deutschen Bevölkerung wurde Danzig als sogenannte Freie Stadt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt und den Polen ein Katalog mit Sonderrechten gewährt.

Bei der Volkszählung 1923 hatten 97,6 Prozent der Danziger Deutsch als Muttersprache angegeben. Wo Volksabstimmungen stattfanden, stimmte die Mehrheit für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland. So votierten am 11. Juli 1920 im ostpreußischen Abstimmungsbezirk Allenstein 97,9 Prozent und im westpreußischen Bezirk Marienwerder 92,8 Prozent für den Verbleib im Reich.

Schnell zeigte sich, daß die Regierung in Warschau den Minderheitenschutzvertrag mißachte-

te, den sie am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatte - und ohne dessen Annahme es die deutschen Gebiete nicht zugesprochen bekommen hätte. Selbst ein ausgewiesener Deutschenhasser wie Clemenceau sah sich daraufhin veranlaßt, den polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Jan Paderewski auf die Bedeutung der Volksgruppenrechte hinzuweisen.

Trotz der Zusicherung ethnischer Minderheitenrechte und massiver Gebietszuwächse im Westen dachten viele Polen gar nicht daran, sich mit dem Status quo abzufinden. Es gab keine Spur von Dankbarkeit gegenüber Deutschland, das am 5. November 1916 zusammen mit Österreich-Ungarn ein selbständiges Polen ausgerufen hatte. Im November 1918 übernahm Jozef Pilsudski die vollziehende Gewalt in dem neu geschaffenen Staat, der zunächst aus dem historischen Kongreßpolen und Westgalizien bestand. Mit seiner Proklamation zum Staatsoberhaupt begann Pilsudskis erste Präsidentschaft.

Im Januar 1919 ernannte er Paderewski vom Polnischen Nationalkomitee zum Ministerpräsidenten. In dieser Funktion führte der Pianist zusammen mit dem deutschfeindlichen Nationalisten Roman Dmowski die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und unterzeichnete den Versailler Vertrag.

Nach einer Rede Paderewskis in der deutschen Provinz Posen und einem Treffen mit dem chauvinistischen früheren Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty begann dort am 27. Dezember 1918 der großpolnische Aufstand. Sein Ziel war die Abtrennung Posens vom Deutschen Reich. Bereits im Oktober hatte Korfanty im Parlament für den Anschluß deutscher Ostgebiete an Polen plädiert.

Der Aufstand der Separatisten konnte von deutschen Grenzschutzverbänden zwar gestoppt werden. Am 16. Februar 1919 verfügten die Westalliierten jedoch einen Waffenstillstand und legten eine Demarkationslinie zur Teilung der Provinz vor, die fast vollständig Polen zugeschlagen wurde.

Terror gegen Deutsche

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Die Geschehnisse in Posen 1918/19 boten einen Vorgeschmack auf den Alltagsterror gegen Deutsche in den Polen zugesprochenen Gebieten.

Der Jäger Friedrich Stümmels von der 1. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 schilderte vor einem Amtsgericht unter Eid, was er nach seiner Gefangennahme beobachtete: "In einer Zelle befanden sich zwei Kriegsgefangene, der Uniform nach Artilleristen.

Am 26. Februar nachmittags hörte ich, wie die beiden aus ihren Zellen herausgebracht wurden. Bald darauf hörte ich sie sehr schreien. Der eine schrie: "Laßt mir meine Augen!", der andere schrie: "Mein Ohr!" Durch den Türspalt sah ich, daß etwa 15 polnische Soldaten sich in zwei Reihen aufgestellt hatten und bemerkte, daß der eine Gefangene mit bloßem Körper und am Ohr blutend durch die Reihe schnell hindurchlief. Er blutete sehr stark, das Blut lief ihm seitlich am Kopf herunter. Die beiden Gefangenen kamen nicht in die Zellen zurück. Ich nehme an, daß sie von den Polen getötet worden sind."

Selbst Zivilisten waren schwersten Mißhandlungen durch die Aufständischen ausgesetzt, die offenbar keinerlei Sanktionen der Westmächte fürchteten. Während des Posener Aufstandes waren Plünderungen, Eigentumszerstörungen, Vergewaltigungen, Erschießungen, Folterungen und Verschleppungen an der Tagesordnung.

Viele deutsche Gemeinden flehten die eigene Regierung per Telegramm um Hilfe an, so am 24. Januar 1919 auch diese: "Unsere rein deutsche Gemeinde Deutschhöhe, Kreis Meseritz, wird seit zwei Wochen ständig von polnischen Banditen heimgesucht. Sie stehlen Bekleidungsstücke, Lebensmittel, Kriegsanleihen und bares Geld, schleppen unschuldige Männer und Jünglinge fort und bedrohen grundlos Leben und Eigentum der Einwohner. Unschuldige

Opfer sind schon zu beklagen.

Wir verzweifeln in unserer Lage. Niemand wagt sich heraus, Wahlen können nicht stattfinden, Lebensmittel nicht geliefert werden. Wir sind ganz verloren, wenn nicht militärische Hilfe sofort erfolgt. Reschke, Gemeindevorsteher."

Aufgrund des unerträglichen Assimilationsdrucks der Behörden und ständiger polnischer Übergriffe kam es in den Jahren zwischen 1919 und 1921 zu einem wahren Exodus der Deutschen aus Posen und Westpreußen. Viele fürchteten nicht nur um ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch um ihre körperliche Unversehrtheit.

Beispielhaft für die auswanderungsfördernden Gewaltausbrüche steht eine polnische Demonstration in Bromberg, in deren Folge im Februar 1921 deutsche Geschäfte und die Redaktionsräume der deutschen Lokalzeitung angegriffen wurden. Im Juni 1921 plünderte in Ostrowo unter den Augen einer untätigen Polizei ein polnischer Mob deutsche Geschäfte und Privathäuser.

Griff nach Oberschlesien

Der Chauvinist Korfanty hatte aber nicht nur die Polonisierung Posens und Westpreußens im Blick, sondern auch die gewaltsame Aneignung Oberschlesiens. In seinem Geist und mit seiner organisatorischen Hilfe versuchten polnische Aufständische insgesamt dreimal, Oberschlesien unter ihre Kontrolle zu bringen. Man hoffte auch dort - mit dem Segen der Siegermächte -, vollendete Tatsachen schaffen zu können.

Die erste Insurrektion brach am 17. August 1919 aus, konnte vom deutschen Militär aber schon nach einigen Tagen erstickt werden. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 kam es zur zweiten polnischen Rebellion, die von Gewalttaten begleitet war.

Volksdeutsche wurden getötet, gequält, verschleppt und vertrieben - alles mit Duldung der Interalliierten Kommission. Während die italienischen Besatzungstruppen den Gewaltexzessen Einhalt zu gebieten versuchten, wurden sie von den Franzosen teilweise gefördert.

Wilhelm Schellong aus Bittkow im Kreis Kattowitz gab am 9. September 1920 zu Protokoll: "In der Zelle, in die wir gebracht wurden, saßen die Lehrer Skrobek und Slowik und die vier Deutschösterreicher.

Nach einer Weile kamen ungefähr 30 Insurgenten herunter in den Keller. Dieselben nahmen sich einen Gefangenen nach dem anderen vor und bearbeiteten ihn mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Eichenlatten, Eisenstäben und Gewehrkolben." Der zweite Überfall endete am 25. August, nachdem die Interalliierte Kommission der Entwaffnung der deutschen Sicherheitswehr und der polnischen Einflußnahme auf die Verwaltung zugestimmt hatte.

Ursprünglich sah der Versailler Vertrag auch die Überlassung Oberschlesiens an Polen vor. Nach scharfen Interventionen der deutschen Regierung wurde schließlich eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Region abgehalten. Am 20. März 1921 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 Prozent 59,6 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib im Reich und nur 40,4 Prozent für Polen.

Dabei waren der Wahl eine massive Stimmungsmache und Einschüchterungspolitik sowie das pro-polnische Agieren der französischen Besatzungstruppen vorausgegangen. Trotz des 60-Prozent-Votums für Deutschland ordnete der Völkerbundrat die Teilung der traditionsreichen Provinz an. Polen bekam im Oktober 1921 vor allem das ober-schlesische Industrie- und Kohlerevier und mehrheitlich deutsch besiedelte Städte wie Kattowitz und Königshütte zugeschlagen. Dabei hatten in der Stadt Kattowitz 85,4 Prozent und in Königshütte 74,5 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votiert.

Obwohl er als polnischer Abstimmungskommissar alles auch noch so Rechtswidrige unternommen hatte, um einen deutschen Sieg zu verhindern, wollte sich Korfanty mit dem Wahlausgang nicht abfinden. In der Nacht zum 3. Mai 1921 zettelte er den dritten Annexionsversuch an, der am 5. Juli mit einem Waffenstillstand endete. Am 21. Mai 1921 hatten deutsche

Selbstschutzeinheiten mit der Erstürmung des Annaberges die größte Schlacht des Aufstandes für sich entschieden.

Umvolkung

Maßgebliche Kreise forderten dennoch weitere Gebietszuwächse auf Kosten Deutschlands. Am 23. Mai 1922 war in der Warschauer Zeitung Die Republik Polen zu lesen: "Die Zerrei-ßung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht. ... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder."

Weil ohne einen neuen Krieg eine weitere Grenzrevision unmöglich war, verlegte man sich auf ethnokulturelle Zwangshomogenisierung der durch den Versailler Vertrag neu gewonnenen Gebiete. Schon 1919 begann die Vertreibung von Deutschen durch die Schließung ihrer Behörden und Garnisonen.

Beschlagnahmungen von Eigentum und die Auflösung von Pachtverträgen machten deutsche Gewerbetreibende und Bauern arbeitslos. Ziel des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 war die grundlegende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse zu Lasten Deutscher. Besonderen wirtschaftlichen Repressionen war die Stadt Danzig ausgesetzt, die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Staat mit polnischem Sondereinfluß gemacht worden war. Die dortigen Deutschen sollten wirtschaftlich stranguliert und durch Zermürbung wehrlos gegen die Polonisierung gemacht werden.

In Posen, Westpreußen, Danzig und Teilen Oberschlesiens drängte man zudem die deutsche Sprache zurück, indem die meisten deutschen Schulen geschlossen wurden und Deutsch keine Verwaltungssprache mehr war. Viele Volksdeutsche wurden Bürger zweiten Ranges, weil ihnen die Staatsbürgerschaft des Staates verwehrt wurde, auf dessen Territorium sie sich nun befanden. Ohne polnischen Paß galten sie plötzlich als Ausländer und mußten das Land vielfach verlassen, weil ihnen keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.

Nach dem Putsch des ehemaligen Staatschefs Jozef Pilsudski im Mai 1926 verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit weiter. Der Staat ging von einer bislang vergleichsweise "planlosen" zu einer "planmäßigen Entdeutschung" über, wie der Historiker Albert Kottowski feststellte. Zwischen den beiden Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche wegen der polnischen Schikanen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus und suchten Schutz im Reich.

Kriegsgefahr

1933 fordert Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000-Mann-Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.<<

Ungarn: Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Deutschtum in Ungarn in den Jahren 1933 bis 1944 (x008/21E-31E):

>>... Bleyers Tod im Dezember 1933, der in eine für das gesamte Deutschtum überaus kritische Zeit fiel, machte das ungarländische Deutschtum praktisch führerlos.

Unter den Erben und Schülern Bleyers brach ein "Richtungsstreit aus, der sich an der zuletzt auch bei Bleyer selbst aufgebrachten Frage, ob eine Fortsetzung der vom Volksbildungsverein bisher betriebenen Volkstumspolitik möglich sei, entzündete.

Schon begannen sich aber jetzt die Auswirkungen des nationalsozialistischen Umbruchs in Deutschland bemerkbar zu machen, wenn es auch anfangs noch recht unsicher war, wieweit die nationalsozialistische Reichspolitik ihre Beziehungen zu den madjarischen Nationalisten durch Rücksichten auf die deutsche Volksgruppe zu gefährden bereit war.

Bald nach Bleyers Tod sammelte sich aus den Kreisen seiner Mitarbeiter, die in Opposition zu dem liberalen Kurs des von Gustav Gratz geführten UDV traten, um Dr. Franz Basch die "Volksdeutsche Kameradschaft", auch eine der Gruppen des ostmitteleuropäischen Deutschtums, von denen man gesagt hat, daß sie von dem nach 1933 erstarkten Deutschland "wie mit einem elektrischen Strom" erfüllt worden sind und die bald unter den Einfluß des Nationalsozialismus gerieten.

Aus ihr ist der im November 1938 begründete "Volksbund der Deutschen in Ungarn" (VDU) hervorgegangen. In der Gründungsversammlung umriß Basch ein politisches Programm, das sich weit von dem des Volksbildungsvereins unterschied und zweifelsohne die Erreichung der kulturellen Autonomie anstrebte, nämlich Anerkennung der Volksgemeinschaft und der Rechtspersönlichkeit der Volksgruppe, Lösung der Schulfrage, Gründung von Tages- und Wochenzeitungen und schließlich einer eigenen Partei.

Sein politisches Schwergewicht als Kopforganisation der deutschen Volksgruppe in Ungarn erhielt der Volksbund durch das Wiener Abkommen vom 30. August 1940, das als Ergebnis der neuen ungarischen Außenpolitik und ihrer engen Anlehnung an das nationalsozialistische Deutschland den Volksdeutschen in Ungarn eine Sonderstellung garantierte. Der Volksbildungsverein löste sich nach Verkündung des Abkommens auf Veranlassung der ungarischen Regierung auf.

Eine so auffällige Korrektur der ungarisch-deutschen Beziehungen hatte natürlich ihre Gründe. Seit dem Zusammenbruch Ungarns am Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich als Hauptziel der ungarischen Politik eine Revision des Vertrages von Trianon und darüber hinaus die Wiedererrichtung des ungarischen Großreiches der Stephanskronen herausgebildet. Ende der 30er Jahre schien sich dann im Zusammengehen mit dem nationalsozialistischen Deutschland ein gangbarer und erfolgversprechender Weg zur Verwirklichung dieser Pläne zu bieten.

Nach einer vorübergehenden Trübung des Verhältnisses zum Deutschen Reich in den Jahren 1936-1938 (Regierung Darányi) leitete der neue Regierungschef Béla Imrédy mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich zu einer um so engeren Anlehnung an das Dritte Reich über, die bald ihre Früchte trug. Im Anschluß an das Münchner Abkommen über das Sudetenland wies der erste Wiener Schiedsspruch 1938 den südlichen Teil der Slowakei Ungarn zu, das, damit noch nicht befriedigt, nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren auch noch die Karpaten-Ukraine besetzte.

Im zweiten Wiener Schiedsspruch 1940 erhielt es Nordsiebenbürgen von Rumänien, und im April 1941 marschierten ungarische Truppen zur gleichen Zeit wie die deutschen in Jugoslawien ein und nahmen das Baranyadreieck und die restliche Batschka in Verwaltung. Die diesen Ereignissen parallellaufende Angleichung an die Politik des Dritten Reiches ergab außenpolitisch den Austritt Ungarns aus dem Völkerbund, seinen Beitritt zum Dreimächtepakt (November 1940) und zum Antikominternpakt (25. November 1941) und den Eintritt in den Krieg gegen Jugoslawien (April 1941), gegen die Sowjetunion (Juni 1941), endlich den Kriegszustand mit England und USA (Dezember 1941).

Innenpolitisch entsprach ihr eine dem deutschen Vorbild nachgeahmte scharfe Judengesetzgebung und schließlich die Zulassung einer eigenständigen deutschen Volksgruppe mit starker Bindung an den Nationalsozialismus.

Als Ergebnis dieser Umorientierung der ungarischen Politik wurde am Tage des zweiten Wiener Schiedsspruches zwischen den Außenministern des Deutschen Reiches und Ungarns, von Ribbentrop und Graf Csáky, ein Abkommen geschlossen, in dem der "Deutschen Volksgrup-

pe" - ein in der Geschichte des ungarländischen Deutschtums neuer Begriff - neben dem schon im ungarischen Nationalitätengesetz von 1868 festgelegten Minderheitenschutz noch folgendes zuerkannt wurde:

Es darf den Angehörigen der Volksgruppe auf Grund ihrer Zugehörigkeit und ihres Bekenntnisses zur nationalsozialistischen Weltanschauung kein Nachteil erwachsen;

die Volksgruppe soll entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung bei der Besetzung der ungarischen Behörden und Selbstverwaltungskörper berücksichtigt werden;

die Angehörigen der Volksgruppe haben das Recht, ihren früher geführten Familiennamen wieder aufzunehmen; die Angehörigen der Volksgruppe haben auf kulturellem Gebiet das Recht zum freien Verkehr mit dem großdeutschen Mutterland.

Von besonderer Bedeutung war es, daß das Abkommen der Führung des Volksbundes das Recht gab, darüber zu entscheiden, wer Volksdeutscher war und damit der Volksgruppe zugehörte. Dies bedeutete, daß die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit nicht nur von dem subjektiven Bekenntnis des Einzelnen, sondern auch von der Anerkennung durch eine politische Institution abhängig gemacht wurde.

Das Wiener Abkommen als ein Ausdruck der außenpolitischen Neuausrichtung Ungarns schuf für das ungarländische Deutschtum eine neue Situation, Ungarn gab sein deutsches Volkstum der nationalsozialistischen Infiltration preis. Es konzessionierte den Volksbund in seinen engen Beziehungen zum Deutschen Reich und ließ die Volksgruppenführung als Institution ohne Einspruch zu.

Da aber trotzdem nach wie vor die Tendenz bestehen blieb, die deutsche Minderheit zu madjarisieren, sah sich der Volksdeutsche jetzt zwei einander entgegarbeitenden Kräften ausgesetzt, dem vertraglich festgelegten Einfluß des deutschen Nationalsozialismus und den nicht weniger intensiven Forderungen des madjarischen Nationalismus. Dieser Antagonismus, zwischen dem die natürlichen eigenen Interessen des ungarländischen Deutschtums zerrieben wurden, bestimmte dessen weiteres Schicksal, ohne daß es sich aus eigenen Kräften behaupten konnte.

Die unmittelbaren Einwirkungen des reichsdeutschen Nationalsozialismus auf die Volksbund- und Volksgruppenpolitik lassen sich heute im einzelnen noch nicht überblicken. Wenn anfänglich daraus Schwierigkeiten erwachsen, daß die Verbindungen von Berlin nach Budapest gerade zu denjenigen madjarischen nationalistischen Kreisen liefen, die innenpolitisch am radikalsten den Kampf gegen die Minderheit führten, so bestand dies Hindernis offensichtlich seit 1940 nicht mehr.

In dieser Zeit hatte die madjarische Regierung unter dem Druck der Verhältnisse in der Frage der deutschen Minderheit eingelenkt, wenn sich auch die minderheitenfeindliche Verwaltungspraxis im einzelnen nicht änderte.

Jetzt bediente sich die nationalsozialistische Politik für die Durchsetzung ihres Einflusses auf das ungarländische Deutschtum der bereits bestehenden Organisation des Volksbundes: Volksbund und Volksgruppe wurden ineinander verschmolzen, ohne daß die "Volksgruppe" etwa jemals den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft nach dem ungarischen Staatsrecht erhalten hat. Die unklare Abgrenzung zwischen beiden Organisationen wurde für die Folgezeit besonders verhängnisvoll.

Mehr und mehr wurden Volksbund und Volksgruppe in ihrem Aufbau an die Organisationsformen des NS-Regimes angeglichen. Ebenso waren die Benennungen ihrer einzelnen Gliederungen dem Sprachschatz des nationalsozialistischen Staates entnommen oder ihm stark angeglichen.

Der Volksbund als Spitzenorganisation war in mehrere Gebiete aufgeteilt, sein Amtswalterstab wurde in Schulungskursen zusammengefaßt und einheitlich ausgerichtet. Unter den ihm angeschlossenen oder nebengeordneten Verbänden tauchen Namen auf wie "Frauenshaft",

"Deutsche Volkshilfe", "Landesbauernamt", "Fachschaft deutscher Ärzte" oder "Amt für Rassen- und Bevölkerungspolitik im Hauptamt für Volksgesundheit".

Als besondere Kerntruppe wurde die "Deutsche Mannschaft" aufgestellt. Ähnlich wie es durch die NSDAP in Deutschland geschah, schuf man Parallelorganisationen zu den jeweiligen ungarischen amtlichen Institutionen, die den staatlichen Wirkungsbereich mehr und mehr einschränkten. Besonders energisch wurde der Kampf um die Jugend geführt.

Auf dem ersten Landesjugendtag im Juni 1941 wurde die "Deutsche Jugend" (DJ) als Organisation der Volksgruppe ins Leben gerufen, und ganz nach dem Vorbild der reichsdeutschen HJ aufgezogen.

Zu Auseinandersetzungen und Polemiken zwischen volksdeutschen und ungarischen Stellen kam es nun nicht etwa auf Grund der Neuschaffung solcher und ähnlicher Organisationen - in dieser Hinsicht konnte sich die Volksgruppe immer auf das Wiener Abkommen berufen - sondern der Kampf ging um die Zuständigkeit und den Wirkungsbereich dieser Organisationen.

Da die DJ der "Levente", einer Art ungarischer Staatsjugendorganisation, deren Hauptaufgabe die vormilitärische Ausbildung der 12- bis 21-jährigen war, die gesamte volksdeutsche Jugend zu entziehen drohte, beschränkte das Innenministerium bei der Genehmigung der Organisation den Beitritt ausschließlich auf Angehörige von Volksbundmitgliedern. Damit war der DJ die Möglichkeit genommen, sich zu einer Massenzwangsorganisation ähnlich der Deutschen Staatsjugend zu entwickeln.

Ebenso ging der Schulkampf - nach wie vor von beiden Seiten als eine der vordringlichsten Fragen angesehen - nicht so sehr um die Neuerrichtung von Lehranstalten mit deutscher Unterrichtssprache, als um das Aufsichts- und Verfügungsrecht über diese Schulen. Die letzte Schulverordnung von 1941 hatte die Elternbefragung bei der Bestimmung der Unterrichtssprache als einen wichtigen Punkt beibehalten. Aus den schon oben ausgeführten Erwägungen stimmte aber auch noch zu dieser Zeit ein großer Teil der Eltern für das Madjarische, so daß die Masse der Minderheitenschulen gemischtsprachig blieb.

Die Volksgruppenführung erstrebte jedoch als Mindestforderung die reindeutsche Schule mit volksdeutschen Lehrern. Ziel ihrer Schulpolitik war die völkische Lehranstalt als Instrument der nationalsozialistischen Durchdringung. Eine Erreichung dieses Zustandes wäre nur möglich gewesen, wenn sämtliche Schulen mit deutschen Kindern der Kontrolle der Volksgruppe unterstellt worden wären. Dazu fand sich aber der ungarische Staat niemals bereit, und es blieb der Volksgruppe nur der Weg, eigene Bildungsanstalten ins Leben zu rufen.

Im Jahre 1944 verfügte sie über 2 Lehrerbildungsanstalten, 6 Gymnasien, 1 Handelsmittelschule, 9 Bürgerschulen, 2 landwirtschaftliche Schulen, einzelne Kurse und 22 Volksschulen. Außerdem unterhielt der Volksbund acht NS-Erziehungsheime. Eine größere Ausweitung des eigenen Schulsystems ließ sich bei dem Mangel an geeigneten Lehrkräften nur schwer durchführen.

Man wird aber keineswegs dem Charakter von Volksgruppe und Volksbund gerecht, wollte man sie ausschließlich als vom nationalsozialistischen Deutschland geprägt beurteilen. Der Linie der deutschen Reichspolitik, die das äußere Bild bestimmte und die sich in der gesamten Organisation, der Presse, den Kundgebungen und Programmen niederschlug, stand bis hinauf in die Volksgruppenführung eine nach Lage der Dinge latente Opposition gegenüber, die mehr eine die Autonomie der Ungarndeutschen betonende selbständige Politik machen, d.h. sie möglichst von reichsdeutschen Einflüssen freihalten wollte.

Diese Bewegung hatte verschiedene Wurzeln. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß Volksbund und Volksgruppenführung ihre politische und kulturpolitische Aktivität weitgehend der volksdeutschen Führungsschicht aus den im Laufe des Krieges an Ungarn gefallenen Gebieten verdankten. Vor allem die Batschka- und Siebenbürgendeutschen, von denen beson-

ders die letzteren auf eine reiche Tradition zurückblicken konnten, brachten eine völkisch-deutsche Konzeption mit, die das Gesicht der Deutschen Volksgruppe in Ungarn bestimmend umformte.

Außerdem gab es ja schon aus der Bleyerschen Zeit her eine volkstumpolitische, wenn auch keineswegs nationalistische oder gar nationalsozialistische Bewegung innerhalb des Deutschtums in Rumpfungarn, die naturgemäß durch die jetzt sehr starken Beziehungen zum Deutschen Reich noch erheblich intensiviert wurde.

Mit der von der ungarischen Regierung gewünschten Selbstaflösung des Volksbildungsvereins war ihr aber jede Möglichkeit genommen, sich außerhalb des Volksbundes zu konstituieren, der damit auch einen großen Teil der gemäßigten Richtung auffing. "Volksbündler" dieser Art fanden sich unter den Anhängern und Förderern, unter den ordentlichen Mitgliedern ebenso wie in den höheren Amtsstäben, da es sonst für sie keine Möglichkeit zur politischen Betätigung oder auch lediglich zur einfachen Volkstumsarbeit gab.

Trotz der so divergierenden Richtungen machte der Volksbund mit dem ganzen Apparat seiner z.T. übereifrigen Mitarbeiter - sie wurden von der anderen Seite allgemein als "Berufsdeutsche" bezeichnet - nach außen hin den Eindruck einer geschlossenen, einheitlich ausgerichteten Formation.

Sicher erfüllte er etwa durch Einrichtung deutschsprachiger Schulen und anderer kultureller Institutionen durchaus berechnete und bisher unberücksichtigte Ansprüche. Aber dies war, wie sich immer mehr herausstellte, nur möglich um den Preis einer einseitigen politischen Festlegung, zu der sich nur die Minderzahl der ungarländischen Deutschen bereitfand. Im wesentlichen rekrutierten sich die überzeugten Anhänger des Volksbundes aus folgenden Gruppen:

aus den ärmeren Schichten - den Kleinbauern, nichtorganisierten Arbeitern - die sich eine soziale Besserstellung versprachen;

aus einem Teil der Jugend, der an der Organisation als solcher und dem halb-militärischen Charakter der aufgezogenen Jugendverbände Gefallen fand;

aus einem nicht geringen Prozentsatz des deutschbewußten Teiles des Ungarndeutschtums, der im Volksbund Rückhalt erwartete und die Volkstumsarbeit im Bleyerschen Sinn, jetzt aber unter günstigeren Voraussetzungen fortzusetzen versuchte. Seine Tragik bestand darin, daß er der Hitlerschen Politik, die die Volksgruppen nur als machtpolitische Stützpunkte mißbrauchte, damit ohne es zu wollen Vorschub leistete.

Die Mitgliederzahl des Volksbundes läßt sich heute nicht mehr genau feststellen, da die Unterlagen entweder vernichtet wurden oder, wie in Budapest, dem späteren Regime in die Hände gefallen sind. Zusammenfassende Schätzungen ergeben einen ungefähren Bestand von 50.000 bis 60.000 eingeschriebenen Mitgliedern. Die Zahl der "Volksbundanhänger" war allerdings weit größer.

Dem Block des Volksbundes standen diejenigen Volksdeutschen gegenüber, die eine nationalistische deutsche Politik aus verschiedenen Gründen ablehnten. Schon das betonte Herausstellen des Deutschseins schreckte viele ab. Die Politisierung der Organisation, die Besetzung der Funktionärsposten mit jungen, unbekanntem oder unbedeutenden und damit nicht vertrauenswürdigen Personen verstärkte die Abneigung.

Besonders das alteingesessene, wirtschaftlich fundierte Bauerntum, das ein übermäßiges Politisieren als störend empfand, wünschte keine Korrektur der Verhältnisse zum ungarischen Staat. Abgesondert hielt sich auch die sozialdemokratisch organisierte deutsche Arbeiterschaft Budapests und der Industriebezirke, die sich mit ihren madjarischen Genossen solidarisch fühlte in der Bekämpfung des als faschistisch bezeichneten Volksbundes.

Mitbeeinflusst wurden die Haltung und das spätere Schicksal der Volksdeutschen auch von der Konfessionszugehörigkeit. Besonders die katholischen Jugendverbände hielten sich in den

nationalen Auseinandersetzungen naturgemäß zurück und gerieten in einen betonten Gegensatz zum Volksbund. Die nach der Volkszählung von 1930 auf ungefähr 10.000 Personen anzusetzende Gruppe deutschsprechender Juden stand selbstverständlich der Volksbundpolitik schon aus Gründen der Selbsterhaltung ablehnend gegenüber, zumal sie durch die im Frühjahr 1939 erfolgte ungarische Judengesetzgebung politisch entmündigt worden war.

Ein schwieriger und nicht ungefährlicher Gegner aber entstand dem Volksbund in der dem ungarischen Deutschtum eigentümlichen assimilationsbereiten Zwischenschicht. Die ihr Zugehörigen wurden als "Auchdeutsche", während des Krieges auch als "Engländer" oder ganz allgemein als "Madjaronen" bezeichnet.

Der Sammelbegriff "Madjarone" wurde mit der sich immer stärker auswirkenden Spaltung allmählich auf alle Nichtvolksbündler schlechthin ausgeweitet. Die Front wurde so scharf gezogen, daß neben den deutsch-katholischen Jugendverbänden sogar der Volksbildungsverein schon 1940 zu einer "auch-deutschen" und damit verräterischen Organisation erklärt wurde.

Die so entstehende Gegensätzlichkeit machte sich dann eine von madjarischer Seite gesteuerte Bewegung zunutze, die sogenannte Treuebewegung, die ihre Ursprünge auf die Zeit der Abstimmungskämpfe im Ödenburger Gebiet nach dem Ersten Weltkrieg zurückführte, eine durchorganisierte Form aber erst als Gegenbewegung zum Volksbund fand. In ihr sollten sich alle diejenigen Volksdeutschen sammeln, die ihre absolute Treue zum ungarischen Staat bewußt betonen wollten.

Der Wirkungsbereich des Treuebundes blieb im großen gesehen auf die Baranya beschränkt und trat in den Orten besonders stark hervor, wo der Volksbund seinerseits mit seiner Umschulungsarbeit begonnen hatte. Das Auftreten dieser Bewegung ist insofern wichtig, als in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch die ehemalige Zugehörigkeit zum Treuebund für die Volksdeutschen als Voraussetzung für die Rehabilitierung galt.

Im ganzen gesehen ergab sich für das ungarländische Deutschtum folgende Situation: Das Verhältnis zur ungarischen Regierung schien äußerlich befriedet und ohne Konfliktstoff zu sein. In Wirklichkeit aber schwelten die Spannungen unter der Decke fort, da der madjarische Nationalstolz durch die Eingriffe der nationalsozialistischen Politik sich unheilbar verletzt fühlte, was nur durch die jeden Widerstand ausschaltende Macht des nationalsozialistischen Deutschland überdeckt wurde.

Mit der Begründung des Volksbundes und der Politisierung des ungarländischen Deutschtums waren indessen nicht nur die Spannungselemente zwischen deutscher Volksgruppe und ungarischer Regierung verstärkt, sondern auch das deutsche Volkstum selbst wurde in zwei feindliche Lager gespalten, die sich später in der Zeit des Zusammenbruches in glühendem Haß gegenüberstehen sollten.

Aus diesen Voraussetzungen muß die Atmosphäre der Kriegsjahre im Ungarndeutschtum mit ihren Intrigen, Polemiken, Bspitzelungen und Verdächtigungen verstanden werden. Gleichgültig für welche Seite man sich entschied, für die andere wurde man automatisch zum Abtrünnigen und Verräter.

Der Dorfnachbar war nicht mehr der Landsmann, sondern Gesinnungsgenosse oder Feind, "Berufsdeutscher" und "Volksbündler" oder "Madjarone". Solange hinter dem Volksbund und der Volksgruppenführung noch die militärische und ideologische Macht des Deutschen Reiches stand und sie außerdem als von der ungarischen Regierung sanktionierte Institutionen in ihrer Rechtsgültigkeit unangreifbar schienen, konnte sich dieser Zustand halten.

Nur wuchs bei dem einzelnen Volksdeutschen immer mehr die Unsicherheit, ob er auf die richtige Partei gesetzt hatte. Mit dem Zurückgehen der deutschen Truppen an allen Fronten, also etwa seit dem Fall von Stalingrad, verstärkten sich die Bedenken gegen die Volksbundpolitik. Die starke wirtschaftliche Ausnutzung, die dauernden Appelle an die Opferbereitschaft der Volksdeutschen und die Zwangsrekrutierungen zur Waffen-SS verstärkten den inneren

Zwiespalt im Ungarndeutschum. Warum sollte man das Letzte für eine Sache opfern, die doch nicht das allgemeine Vertrauen genoß und zu deren Verteidigung man nur notgedrungen bereit war?

Es ist daher gar nicht so verwunderlich, wenn das deutsch-madjarische Verhältnis in der persönlichen Sphäre - also das Verhältnis des einzelnen deutschen Bauern zu seinem madjarischen Nachbarn - in dieser Zeit und besonders auch während der folgenden Ereignisse einen allgemein freundschaftlich-versöhnlichen Charakter behielt, von gelegentlichen Reibereien, Feindschaften und Denunziationen abgesehen.

Gewiß haben es einzelne nationalmadjarische Chauvinisten nicht an Beleidigungen und Kränkungen fehlen lassen, aber es kam nirgends zu den systematischen Erniedrigungen und Mißhandlungen oder gar zu Vernichtungssorgien wie in Polen, Jugoslawien oder der Tschechoslowakei.

Im Gegenteil, vorherrschend war die Eintracht und selbstverständliche Hilfsbereitschaft, mit der der Madjare den Volksdeutschen vor den SS-Rekrutierungskommissionen versteckte, ihn vor der Verschleppung schützte, ihm bei der Flucht Nahrung reichte, für eine Nacht auf dem Heuboden unterbrachte oder für ihn bei der Ausweisung die Möbel bis zur erhofften baldigen Rückkehr in Verwahrung nahm.

Dieses betonte Gemeinschaftsgefühl, das in Jahrhunderten gemeinsamen Schicksals gewachsen war, nahm den Ereignissen viel von ihrer Schärfe und Erbarmungslosigkeit; es stellte das Bleibende dar, das die Zeit des übersteigerten deutschen wie die Zeit des vernichtenden madjarischen Nationalismus überdauerte.<<

Rumänien: Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Deutschum in Rumänien in den Jahren 1933 bis 1941 (x007/32E-32E):

>>... Erst mit der Bildung der "Nationalen Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien" (NSDR) gewannen die "Erneuerer" um Fabritius politisches Gewicht. Schon auf dem am 1. Oktober 1933 in Hermannstadt abgehaltenen Sachsentag konnte die NSDR in den Wahlen gegen die alte liberale Führung des Volksrates 62 % der Stimmen auf sich vereinigen.

Ebenso bedeutend war der Wahlsieg in den bessarabien-deutschen Volksratswahlen im März des folgenden Jahres. Trotz eines vorübergehenden Verbots durch die rumänische Regierung und lebhaften Widerstands, insbesondere kirchlich-konservativer Kreise im Banat und in der Bukowina hatte sich die 1934 neu benannte "Nationalsozialistische Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien" (NEDR) bald soweit durchgesetzt, daß Fabritius am 29. Juni 1935 den Vorsitz des "Verbandes der Deutschen in Rumänien" übernehmen konnte.

Zu dieser Entwicklung haben die fast permanente Krisensituation des groß-rumänischen Staates in den Jahrzehnten nach dem ersten Weltkrieg und das Versagen der demokratischen Parteien besonders in der Wirtschaftspolitik, durch das auch die mit ihnen zusammenarbeitenden volksdeutschen Politiker in der volksdeutschen Öffentlichkeit diskreditiert wurden, einiges beigetragen. Entscheidend für den politischen Aufstieg der "Erneuerer" war aber zweifellos der Erfolg der NSDAP in Deutschland.

Trotz aller ideologischen und zum Teil persönlichen Berührungen mit dieser suchte der rumäniendeutsche Nationalsozialismus jedoch teilweise andere Wege einzuschlagen: Schon die nationalpolitische Bedeutung der Kirchen, die in starkem Maße Träger des volksdeutschen Kulturlebens gewesen waren, machte besondere Rücksichten notwendig. Auch den Juden gegenüber sah man sich zu einer gewissen minderheitlichen Solidarität verpflichtet.

Die relative politische Mäßigung des Fabritius-Kreises, sein Bemühen, die Unabhängigkeit des rumäniendeutschen Nationalsozialismus zu wahren, trugen zum Einschwenken der alten Führungskräfte bei, die einen offenen Zwiespalt innerhalb der Volksdeutschen vermeiden zu müssen glaubten. Sie führte freilich auf der anderen Seite zur vorübergehenden Abspaltung eines radikalen Flügels unter Dr. Alfred Bonfert, der 1935 eine eigene "Deutsche Volkspartei"

(DVR) ins Leben rief.

In der deutschen Parlamentsfraktion blieben indessen bis zur Aufhebung des parlamentarischen Regierungssystems in Rumänien im Jahre 1938 Hans Otto Roth und seine Freunde bestimmend. Der "Verband der Deutschen in Rumänien" erfuhr jedoch schon 1935 eine durchgreifende Neuordnung. An die Stelle des bisherigen losen Zusammenhangs trat in der neuen "Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien" ein gemeinsamer Volksrat, dem die Gauräte der einzelnen Gebiete mit ihren Obmännern untergeordnet waren.

Das Volksprogramm von 1935 forderte den Aufbau der Volksgemeinschaft nach dem nationalsozialistischen Gefolgschaftsprinzip, die Durchdringung aller Lebensbereiche des Deutschtums, der Vereine, Nachbarschaften, Genossenschaften, Berufsstände etc., sowie die Erziehung der Jugend im nationalsozialistischen Sinne; in der "Selbsthilfearbeitsmannschaft" war schon früh eine uniformierte Jugendorganisation geschaffen worden.

Neben dem Bekenntnis "zur Einheit aller Deutschen in der Welt, mit denen wir ein einziges großes Volk bilden", wurde in dem bereits von der NSDR bestimmten sächsischen Volksprogramm von 1933 jedoch noch die unverbrüchliche Loyalität dem rumänischen Staat gegenüber betont: "In unwandelbarer Verbundenheit mit unserer Heimat stehen wir auf dem Boden des Staates Rumänien, dem wir unsere Kraft und Treue zur Verfügung stellen."

Die demokratischen rumänischen Parteien betrachteten die Erneuerungsbewegung mit Mißtrauen, das durch gelegentliche Kontakte der Erneuerer mit den rechtsradikalen rumänischen Gruppen um Codreanu, Cuza und andere verstärkt wurde.

Dennoch wurden Fabritius und die "Volksgemeinschaft" am 6. Februar 1938 - wenige Tage vor dem Staatsstreich König Carols - von der Regierung Octavian Gogas als alleinberechtigte Vertretung des rumänischen Deutschtums anerkannt. Am 9. Januar 1939 trat die nach Auflösung der DVR politisch wieder geeinte deutsche Minderheit korporativ in die vom König geschaffene "Front der Nationalen Wiedergeburt" ein und stellte als eigene Sektion in der im Juni einberufenen ständischen Volksvertretung, die freilich nur noch beratende Funktion hatte, zwölf Abgeordnete.

Solange die rumänische Außenpolitik auf die westlichen Demokratien hin ausgerichtet war, die das System der Friedensverträge durch Kleine Entente und Balkanpakt zu stabilisieren suchten, mußte eine allzu offene Beeinflussung des rumänischen Deutschtums durch Reichs- und Parteidienststellen schon aus außenpolitischen Gründen vermieden werden.

Ein Bericht des deutschen Gesandten in Bukarest Dr. Wilhelm Fabricius warnte ausdrücklich vor einer Radikalisierung der volksdeutschen Organisationen, was nicht zuletzt zu der von Berlin befürworteten Rückkehr der Bonfert-Gruppe in die "Volksgemeinschaft" (November 1938) beigetragen haben mag.

Der Besuch König Carols in Berchtesgaden am 24. November 1938, dem der Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages vom 23. März 1939 folgte, zeigte einen Kurswechsel in der rumänischen Außenpolitik an.

Die deutschen Siege des ersten Kriegsjahres und die akute Bedrohung durch die Sowjetunion, die die Abtretung Bessarabiens erzwang, beschleunigten dann 1940 das vollständige Einschwenken Rumäniens auf die außenpolitische Linie der Achsenmächte: 29. Mai "Öl-Waffenpakt", 30. August zweiter Wiener Schiedsspruch und deutsch-italienische Garantie für den rumänischen Reststaat, 12. Oktober Einrücken deutscher "Lehrtruppen", 23. November Beitritt Rumäniens zum Dreimächtepakt.

Aber die Stellung des Königs war durch die außenpolitischen Prestige- und Gebietsverluste im Sommer 1940, die er zur Festigung seiner Position hinnehmen zu müssen glaubte, erst recht unhaltbar geworden. Er dankte am 6. September 1940 zugunsten seines Sohnes Michael ab und überließ die Regierungsgewalt dem bisherigen Kriegsminister General Ion Antonescu, der als "Staatsführer" - zunächst in Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen "Eisernen Garde"

- den "Nationallegionären Staat" proklamierte.

Die außenpolitische Entwicklung hat die Lage der Volksdeutschen in Rumänien nachhaltig beeinflußt. Schon im Juni 1939 hatte der stärker als Fabritius von Berlin abhängige Hermannstädter Arzt Dr. Wolfram Bruckner die Führung der deutschen "Volksgemeinschaft" übernommen, in deren Rahmen mit der "Nationalsozialistischen Arbeitsfront" (NAF) bereits 1935 eine straff geführte Parteiorganisation als eigentliche "Bewegung" geschaffen worden war.

Ein in den Wiener Verhandlungen über die siebenbürgische Grenzfrage am 30. August 1940 beschlossenes deutsch-rumänisches Protokoll verpflichtete die rumänische Regierung, "die Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Rumänien den Angehörigen rumänischen Volkstums in jeder Weise gleichzustellen und die Stellung der deutschen Volksgruppe im Sinne der Karlsburger Beschlüsse zur Erhaltung des Deutschtums weiter auszubauen.

Die Regierungsübernahme durch Antonescu gab den Berliner Stellen dann vollends freie Hand, ihre Bestrebungen, die deutschen Volksgruppen im Ausland zu "politischen Willensträgern des Reiches bzw. des Führers" zu machen, auch in Rumänien zum Ziel zu führen.

Während der internen Auseinandersetzungen in der rumäniendeutschen Führung in den Jahren 1935-38 hatten beide Seiten sich um Rückhalt bei verschiedenen Partei- und Regierungsstellen in Berlin bemüht. Immer stärker war dabei die seit 1937 von SS-Obergruppenführer Lorenz geleitete "Volksdeutsche Mittelstelle" in den Vordergrund gerückt. Schon Bruckner wurde nicht gewählt, sondern praktisch von Berlin aus ernannt.

Ende September 1940 mußte auch er weichen, da er sich, gestützt auf persönliche Beziehungen zu höheren Offizieren der Wehrmacht wie zum Auswärtigen Amt, den ausschließlichen Machtanspruch der SS zu widersetzen suchte. Lorenz selbst erschien in Kronstadt, um den schon vorher zum Stabsführer der NAF avancierten, kaum 30jährigen Andreas Schmidt als neuen Führer der deutschen Volksgruppe in Rumänien einzuführen.

Schmidt, der noch ein Jahr zuvor in der Volksgruppe völlig unbekannt gewesen war, hatte als Student in Berlin Kontakt zur SS, insbesondere zum Chef des SS-Hauptamts, Gruppenführer Berger, gewonnen, dessen Schwiegersohn er geworden war.

Das Einrücken Schmidts und seiner in der SS geschulten Mitarbeiter - zum Teil alter Mitglieder der Bonfert'schen DVR - in die Volksgruppenführung war gleichbedeutend mit der unverschleierte Unterordnung der politischen Volksgruppenorganisation unter die Volksdeutsche Mittelstelle und den Reichsführer-SS. Der Bruch mit der bisherigen Tradition wurde schon äußerlich durch die Verlegung der Volksgruppenführung von Hermannstadt nach Kronstadt - an den Sitz des deutschen Generalkonsuls, SS-Oberführer Rodde - kundgetan.

Am 20. November 1940 erging ein Dekret-Gesetz der Regierung Antonescu, das die "Deutsche Volksgruppe in Rumänien" unter Berufung auf das Protokoll vom 30. August als juristische Person öffentlichen Rechts anerkannte. Alle rumänischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit wurden mit ihrer Aufnahme in den von der Volksgruppe anzulegenden Nationalkataster automatisch Mitglieder der "Volksgruppe", als deren "nationaler Willensträger" die neugegründete "NSDAP der Deutschen Volksgruppe in Rumänien" bezeichnet wurde.

Die Volksgruppe erhielt das Recht, "zur Erhaltung und Festigung ihres nationalen Lebens verpflichtende Bestimmungen für ihre Angehörigen" zu erlassen; sie durfte fortan "neben der Fahne des rumänischen Staates die Flagge des deutschen Volkes hissen".

Andreas Schmidt hatte sich in seinem ersten Aufruf an die Volksgruppe am 3. Oktober 1940 "zur selbstverständlichen Erfüllung" aller "Verpflichtungen gegenüber dem (rumänischen) Staat" bekannt, was freilich durch die politische Verwandtschaft des neuen rumänischen Regimes mit dem Nationalsozialismus erleichtert wurde.

Die volksdeutsche NSDAP gelobte jedoch gleichzeitig "dem Führer Adolf Hitler und dem legionären Staat Rumänien" Treue. Auf der Gründungsversammlung der NSDAP am 9. November 1940 erklärte Walter May, der Presse- und Propagandaleiter der Volksgruppenfüh-

rung:

"Die Volksgruppe tritt dem Reich nicht mehr als selbständiger Faktor gegenüber, sondern ist in der Politik nur noch ein Bestandteil der großen Gemeinschaft, der seine Impulse direkt vom Reich empfängt. ... Das Verhältnis des Rumäniendeutschtums zum Staat ist dementsprechend das Verhältnis Deutschlands zu Rumänien. Eine andere Lösung dieser Frage ist nicht mehr möglich".

In einem Brief an Obergruppenführer Berger bezeichnete Schmidt die Volksgruppenführung am 18. Mai 1944 noch eindeutiger als "eine Dienststelle der Reichsführung", als "Bereich des Reichsführers-SS".

Auch die Organisation der Volksgruppe im rumänischen Restgebiet hatte bald nach der Einsetzung Schmidts durchgreifende Änderungen erfahren. Die nach der territorialen Neuordnung des Jahres 1940 gebildeten Gebiete Siebenbürgen, Banat und Bergland wurden im Februar 1943 wieder aufgehoben und durch eine straffere Kreis-Einteilung ersetzt; das durch den Wiener Schiedsspruch abgetrennte Nord-Siebenbürgen bildete seit 1940 das Gebiet "Ost" des "Volksbundes der Deutschen in Ungarn".

An Stelle der NAF war als engerer Kreis schon am 9. November 1940 in Mediasch die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei - NSDAP - der Deutschen Volksgruppe in Rumänien" gegründet worden. Die von ihr ins Leben gerufenen Gliederungen - "Einsatzstaffel", "Deutsche Mannschaft", "Deutsche Jugend" (DJ), "Deutsche Arbeiterschaft", "Landesbauernschaft" etc. - entsprachen den Formationen der reichsdeutschen Parteiorganisation. Auch die schon vorher in den "Dienst der Volksgemeinschaft" gestellte volksdeutsche Presse wurde neu organisiert und dem System der neuen "Volksgruppe" eingefügt.

An die Stelle der alten ehrenamtlichen Mitarbeiter der völkischen Deutschtumsorganisationen, die noch in der Periode der Erneuerungsbewegung das Gesicht der volksdeutschen Arbeit bestimmt hatten, traten mehr und mehr geschulte SS-Führer und hauptamtliche Funktionäre.

Innerhalb des rumänischen Deutschtums waren deutliche Gegenkräfte gegen den Nationalsozialismus vorhanden. Die alte liberale Führungsschicht hatte 1934 versucht, der Erneuerungsbewegung gemeinsam mit der Kirche entgegenzutreten. In der Folgezeit war es jedoch zu einer lockeren Zusammenarbeit mit dem gemäßigten Flügel der Erneuerer gekommen, die im Frühjahr 1939 im formalen Eintritt der Gruppe um Hans Otto Roth in die NAF gipfelte.

Nach 1940 sah sich jedoch Roth, der bis dahin sowohl von der deutschen Gesandtschaft wie auch von der rumänischen Regierung in volksdeutschen Fragen immer wieder herangezogen worden war, von allen politischen Einflußmöglichkeiten mehr und mehr abgeschnitten, so daß er sich ganz auf seine Tätigkeit als Landeskirchenkurator der Evangelischen Landeskirche und Aufsichtsratsvorsitzender der Hermannstädter Allgemeinen Sparkasse beschränken mußte.

In der evangelischen Landeskirche selbst führte der erzwungene Rücktritt des dem Nationalsozialismus feindlichen Bischofs Dr. Viktor Glondys und seine Ersetzung durch den der Erneuerungsbewegung nahestehenden Pfarrer Wilhelm Staedel um die Jahreswende 1940/41 zu einer gewissen "Gleichschaltung".

Der politische Kurs der Ära Schmidt wurde jedoch zweifellos von breiteren Kreisen unter den Volksdeutschen Rumäniens nicht gebilligt. Selbst die aus den leitenden Stellen verdrängte gemäßigte Richtung der Erneuerer fand sich von dem selbstherrlichen, statthaltermäßigen Auftreten Schmidts, von der Einzwängung der vielfältigen völkischen, vor allem sächsischen Traditionen in die Schablonen des nationalsozialistischen Systems abgestoßen.

Wenn es trotzdem zu einem offenen Widerstand auch von ihrer Seite an keiner Stelle kam, so ist dies zum Teil einem Gefühl nicht aufkündbarer Solidarität mit dem im Krieg befindlichen "Reich", zum Teil auch dem Verkennen des nationalsozialistischen Regimes zuzuschreiben, das auch im Reich selbst die Haltung vieler bestimmte.

Das gelegentlich allzu laute Auftreten der Volksgruppe mit ihren uniformierten Formationen

mußte naturgemäß auch auf Seiten der an sich wohlwollenden rumänischen Regierung zu Verstimmung und Mißtrauen führen. Das Verhältnis zwischen Volksdeutschen und rumänischem Staat war besonders in den letzten Kriegsjahren gespannter als je zuvor.

Gestützt auf den übermächtigen Druck des Deutschen Reiches hatte die politische Arbeit der Volksgruppenführung gewisse Erfolge zu verzeichnen: die Anerkennung der deutschen Minderheit als juristische Persönlichkeit, die Einsetzung deutscher Bürgermeister und Vizebürgermeister in verschiedenen Städten und die Aufhebung anderer Beschränkungen, schließlich die Erlangung der Schul- und Kulturautonomie und den verstärkten Ausbau des deutschen Schulwesens.

Die einseitige politische Festlegung, die diese Erfolge allein ermöglichte, verband die deutsche Volksgruppe jedoch auf Gedeih und Verderb mit dem Geschick des nationalsozialistischen Reiches, dessen Katastrophe daher auch ihr zum Verhängnis werden mußte. ...<<

Spanien: Ende 1933 zerbricht die erste Regierungskoalition der Zweiten Republik und wird von der rechtskonservativen Zentrumsregierung (Parteien der rechten Mitte) abgelöst.

Großbritannien: Die Tageszeitung "Morning Post" kritisiert im Jahre 1933 das "Braunbuch vom Hitler-Terror", in dem der britische Schriftsteller Victor Gollancz über den NS-Polizeistaat und die ersten NS-Konzentrationslager informiert (x268/62): >>Alles, was nicht bis ins letzte durch Nachrichten aus anderen Quellen bestätigt wird, muß selbstverständlich Zweifel erwecken und der vernünftige Leser wird geneigt sein, seine Sympathien eher Herrn Hitler zuzuwenden als seinen Anklägern. ...<<

USA: US-Präsident Franklin D. Roosevelt verkündet im Jahre 1933 die "Politik der guten Nachbarschaft" zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen amerikanischen Staaten.

Palästina: Infolge der NS-Judenverfolgungen drängen die deutschen Juden ab 1933 verstärkt nach Palästina, obwohl die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunehmen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, rufen die Araber auch zum Generalstreik auf.

Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, 1906 aus Polen eingewandert) berichtet im Jahre 1933 über ein Gespräch mit einem Repräsentanten der palästinensischen Araber (x128/362-363): >>Die seinerzeit in der zionistischen Bewegung allgemein verbreitete Meinung ging davon aus, daß wir den Arabern des Landes Nutzen brächten und daß demnach für sie kein Anlaß bestünde, unsere Gegner zu sein. Im ersten Gespräch, das ich zusammen mit Moshe Sharett mit Mussa Alami führte, wurde diese Annahme erschüttert.

Mussa Alami (Gründungsmitglied der Arabischen Liga und juristischer Berater der britischen Mandatsregierung) sagte: "Ich ziehe vor, daß das Land sogar noch hundert Jahre arm und wüst bleibt, bis wir Araber aus eigener Kraft imstande sein werden, es zur Blüte zu bringen und zu entwickeln."

Ich fühlte, daß er als arabischer Patriot das Recht zu dieser Äußerung hatte. Unser Gespräch war offenherzig, und Mussa Alami machte auf mich den Eindruck eines aufrichtigen, geraden und klugen Menschen. Er beschwerte sich über die Geringschätzung der Juden für die Auffassung der Araber. ...

Er unterstrich insbesondere die pessimistische Empfindung, die sich in arabischen Kreisen breitmachte: sie würden immer mehr aus den wichtigen Positionen verdrängt, und die besten Teile des Landes gingen in jüdischen Besitz über. Zwar käme dies auch Arabern zugute, doch die Lage der Massen sei verzweifelt. Die großen Konzessionen befänden sich in den Händen der Juden. ...<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über den "Zionismus" (x051/658): >>Zionismus, politische und soziale Bewegung, die auf die Errichtung eines eigenen jüdischen Staates in Palästina zielte als "nationale Heimstätte" der in aller Welt zerstreuten Juden.

Der Zionismus entstand zusammen mit nationalistischen Bewegungen und als Reaktion auf

neue Formen des Antisemitismus im Europa des späten 19. Jahrhunderts als eine Art jüdischer Nationalismus, in dem sich religiöse Vorstellungen (vom verheißenen Land Israel) und politische Ziele verbanden.

Als eigentlicher Begründer des Zionismus berief Herzl ab 1897 die ersten Zionistenkongresse ein, in deren Folge langsam eine Einwanderung von Juden in das vorwiegend von Arabern bewohnte Palästina einsetzte.

In Deutschland führten die nationalsozialistische Machtübernahme und das damit verbundene Scheitern einer Assimilation der Juden zur Stärkung der zionistischen Organisationen. Sie antworteten auf die antisemitischen Diffamierungen mit bewußter Betonung der "Hoheit" ihres Judentums und verwarfen alle Hoffnungen auf ein Arrangement mit Hitler: "Kein Schlupfwinkel birgt uns mehr. Wir wünschen an die Stelle der Assimilation das Neue gesetzt: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und jüdischen Rasse" (Rabbiner J. Prinz).

Auch in der SS wurde als "Lösung der Judenfrage" zunächst die Abschiebung der jüdischen Bürger ins Ausland angestrebt und die zionistische Auswanderungspropaganda unterstützt. Im angeschlossenen Österreich baute Eichmann 1938 eine "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" auf, später in Berlin eine entsprechende "Reichszentrale", die (mit Hilfe der Reichsvertretung der deutschen Juden) bis zum Auswanderungsverbot vom 23.10.41 Hunderttausende aus dem Reich, Österreich, Böhmen und Mähren ausschleuste.

Die sprunghaft zunehmende Einwanderung in Palästina führte zwar zu wachsendem arabischen Widerstand und zu erheblichen Restriktionen seitens der britischen Mandatsmacht, doch fanden nach 1945 unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Völkermordes zionistische Gruppierungen besonders in den USA Unterstützung, so daß schließlich die vom Zionismus proklamierte "Gründung eines Judenstaates" am 14.5.48 durch Ausrufung des Staates Israel erreicht wurde.<<

Arktis: Prof. Dr. Werner Stein berichtet in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" im Jahre 1933 (x074/1.111): >>Mittlere Wintertemperatur auf Spitzbergen (1931 bis 1935) -8,6° C zeigt eine merkliche Erwärmung der Arktis (-17,6° C im Zeitraum 1900-1915; noch umstritten, ob Klimaschwankung oder Klimaänderung) ... Gletscherrückgang in allen Erdteilen.<<

Anstatt eines Schlußwortes

Über die Fehler, welche in der auswärtigen Politik begangen wurden, wird die öffentliche Meinung in der Regel erst klar, wenn sie auf die Geschichte einer Menschheit zurückblicken imstande ist, und das Volk, das es zu büßen hat, sind nicht immer die unmittelbaren Zeitgenossen der fehlerhaften Handlungen.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

Beantwortung von offenen Fragen der Geschichte:

1. Wieso konnte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht verhindert werden?

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x283/198-200): >>... Auslöser für den Weltkrieg war das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 durch serbische Nationalisten in Sarajewo. ...

Wie sie eingestanden, wollten sie damit den Feind der Slawen töten, das Habsburgerreich auflösen und einen "Weltenbrand" entfachen. Mit dieser Prognose verrieten sie mehr Weitblick als die Staatsmänner der Zeit.

Trotz allem hätte die Tat noch nicht zum Kriege führen müssen. Wäre Wien sofort in Belgrad einmarschiert – die Manövertruppen standen ja Gewehr bei Fuß -, und hätte es Genugtuung gefordert und erhalten, dann hätte sich der Konflikt vielleicht nicht hochgeschaukelt. Freilich hätte man ihn wirklich fürchten und nicht heimlich wünschen müssen. ...

Und es kam, wie es kam. Wien stellte Belgrad Forderungen, deren Erfüllung man nicht ernsthaft erwarten konnte und die dort im Vertrauen auf Rückendeckung von Rußland nicht geleistet wurden. Wien erklärte Serbien den Rachekrieg, und Zar Nikolaus sah jetzt seine slawischen Brüder bedroht, er machte mobil.

Der Krieg Rußlands gegen die Mittelmächte stand bevor. Denn Kanzler Bülow in Berlin hatte die Österreicher 1909 der "Nibelungentreue" versichert. Hätte sich das Beistandsversprechen Berlins auf die Verteidigung Deutsch-Österreichs beschränkt, so wäre der nationalen Gefühlspolitik Genüge geleistet gewesen und Petersburg hätte keinen Anlaß gehabt, gegen Deutschland mobil zu machen.

Bismarck hatte dem Frieden mit Rußland den Vorrang eingeräumt; er wollte, so sagte er auf dem Berliner Kongreß 1878, den Balkaninteressen Wiens die gesunden Knochen nicht eines einzigen pommerschen Musketiers opfern.

Ohne den Krieg mit Deutschland und die Niederlage bei Tannenberg im August 1914 wäre es den Russen vermutlich gelungen, die West- und Südslawen zu befreien, am Ende gar die heißbegehrten Meerengen zu gewinnen.

Hätte eine siegreiche russische Armee die Revolution der Bolschewiki hingenommen? Wohl kaum. Deren Sieg war in dreifacher Hinsicht eine Folge deutscher Politik: zum einen durch die Zermürbung der russischen Armee, sodann durch den Transport Lenins mit der Reichsbahn aus der Schweiz durch Deutschland nach dem damals russischen Finnland; und zum dritten durch die fehlende Hilfeleistung 1918 für die "Weißen", als nach dem Urteil von Kurt Riezler, dem Botschaftsrat in Moskau, der Bürgerkrieg gegen die "Roten" auf der Kippe stand und durch Eingreifen Deutschlands hätte gewonnen werden können.

Ein Vorstoß der Russen ans Mittelmeer hätte London alarmiert und die Kriegsbereitschaft gegen Deutschland vermindert, zumal ein fortdauernder Friede mit Rußland die gesamte deutsche Wehrmacht an der Westgrenze verfügbar gemacht hätte. Frankreich allein hätte keinen Angriff riskiert.

Der Konflikt zwischen England und Deutschland wäre vertagt worden und hätte sich am Ende

mit der sich abzeichnenden Veränderung der weltpolitischen Gesamtsituation überhaupt erübrigt. Denn der wahre Konkurrent der Briten auf See war ja nicht Deutschland, sondern Amerika. Die USA befanden sich bereits damals auf dem Wege zur führenden Weltmacht. Hat man das in London nicht gesehen oder im Zeichen angloamerikanischer Solidarität in Kauf genommen?

Aber der in Deutschland ebenso gefühlsbestimmte Pakt mit der Donaumonarchie veranlaßte, daß die Nibelungentreue ein zweites Mal zum Untergang führte, wie Kriemhilds Rache lehrt. Als der Angriff der Russen auf Österreich bevorstand, erklärte Berlin dem Zaren und dann auch Frankreich den Krieg, nachdem dort gleichfalls die Mobilmachung angelaufen war. Die höchst unerwünschte Kriegserklärung aus London folgte. Sie war nicht unbedingt vorauszusehen, da England seit dem Krimkrieg als Gegner Rußlands galt und zwischen Paris und London ein förmlicher Beistandspakt ebensowenig bekannt war wie ein solcher zwischen London und Washington.

Es gab eine Kettenreaktion. Jeder Schritt hätte, anders gewählt, den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögert, wo nicht verhindert. Das aber war hüben und drüben nicht gewollt. ...<<

2. Weshalb verursachten die leichtfertigen Bündniszusagen (sogenannte "Blankoschecks") der deutschen Regierung letzten Endes den ungewollten verhängnisvollen Ersten Weltkrieg?

Der deutsche Historiker Theodor Schieder (1908-1984) schrieb später über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x058/287-288): >>Die Julikrise von 1914, ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo, war kein Ereignis, das eine stabile Ordnung unerwartet störte, sondern ein Vorgang, der inmitten einer Serie von Krisen stand, inmitten eines Prozesses, der einen allgemeinen Zusammenstoß von Tag zu Tag bedrohlicher werden ließ.

Dadurch ist geradezu eine Stimmung erzeugt worden, die man als Kriegsfatalismus bezeichnen kann, auf der anderen Seite auch die Neigung, durch ein Durchschlagen des Knotens Handlungsfreiheit zu gewinnen, nachdem alle anderen Mittel durchgespielt waren.

Das politische Vorstellungsvermögen der Zeit und ihrer politischen Repräsentanten kam dabei der Realität, die unter den neuen technischen Bedingungen aus dem Krieg als Mittel geworden war oder werden konnte, im allgemeinen nicht nach. Während die Diplomaten ihn noch in Rechnung stellten wie eine Größe des 19. Jahrhunderts, hatte er seine Gestalt unter dem Einfluß der Technik, der steigenden Millionenzahlen der Bevölkerung und der Heere schon gewandelt. Die damit immens erhöhte politische und moralische Verantwortung war den Politikern noch nicht voll bewußt geworden.

Im Krieg selbst ist durch die ungeheuren Opfer, die beispiellose und in dieser Form noch kaum jemals verwirklichte Beanspruchung aller geistigen, physischen und materiellen Kräfte das moralische Problem des Krieges immer mahrender hervorgetreten und hat der Frage nach der Kriegsschuld ganz neue Aspekte gegeben.

Im Juli 1914 hatten alle Mächte Ziele allgemeiner und besonderer Art, aber bei keiner läßt sich feststellen, daß sie an sich entschlossen war, um eines dieser Ziele willen einen großen Krieg zu beginnen. Alle Bündnisse und bündnisartigen Verabredungen waren auf den Defensivfall eingestellt. Das bedeutet indessen nicht, daß nicht ein vermeintlich kalkulierbares Risiko ausgespielt wurde, wenn man innerhalb der Gesamtkonstellation der Mächte einen entscheidenden Vorteil zu erringen hoffte.

So hat Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum an Serbien vom 23.7.1914 mindestens das Risiko eines lokalen Krieges bewußt auf sich genommen. Es besaß dabei die Zusicherung Deutschlands, daß es selbst im Falle einer ersten europäischen Komplikation auf die volle Unterstützung des Reiches rechnen könne.

Das Deutsche Reich ging mit diesem "Blankoscheck" seinerseits sehenden Auges das Risiko

eines umfassenderen kontinentalen Krieges ein.

Es tat dies nicht mit der Absicht, einen Krieg um imperialistischer Ziele willen zu entfesseln, sondern um eine im letzten defensive Strategie anzuwenden, die sich allerdings präventiver Mittel bediente. Seit den beiden Marokkokrisen und namentlich seit der Annexionskrise von 1908/09, als sich die europäischen Spannungen wieder sichtbar auf den Balkan und damit in das Konfliktfeld Österreich-Rußland verschoben hatten, war die deutsche Politik von der Sorge vor einer Verschlechterung der Situation des Reiches bestimmt.

Diese Sorge stützte sich einmal auf die Annahme, daß sich die Lage des einzigen sicheren Bundesgenossen Deutschlands, Österreich-Ungarns, unter dem Druck der großserbischen Bewegung und der von Serbien ausgehenden Bedrohung weiter unheilvoll verschlechtern und damit der einzig verbliebene bündnispolitische Sicherheitsfaktor des Reiches an Bedeutung verlieren könnte.

Zum anderen kreisten die strategischen und militärischen Überlegungen der deutschen Politik um die zunehmende militärische Stärke Rußlands seit dem japanischen Krieg. Als Höhepunkt dieser Entwicklung und damit ernstestes Gefahrenjahr wurde das Jahr 1916 angenommen, für das deutsche Militärs sogar die Möglichkeit eines alliierten Angriffes in Erwägung zogen.

Unter dem Eindruck der sich zunehmend verschlechternden Gesamtsituation Deutschlands war der Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Juli 1914 bereit, unter vermeintlich noch günstigen Bedingungen ein Kriegsrisiko einzugehen. Auf jeden Fall wollte er die russische Balkanpolitik nachhaltig treffen, Österreich zu einer Abrechnung mit dem großserbischen Nationalismus Gelegenheit geben und im weiteren Verlauf der Aktionen die Tripelentente spalten und Rußland isolieren.

Sollte Rußland aber eingreifen, dann lud es die Verantwortung aber auf sich, als erste Großmacht zum Kriege geschritten zu sein. Je mehr sich die Krise verschärfte, um so mehr trat in der deutschen Politik dieser letzte Gesichtspunkt hervor.

Der kriegerische Ausgang der Krise ist aber nicht allein durch diese deutsche Haltung, sondern ebenso durch die Entschlossenheit Rußlands, Serbien nicht fallen zu lassen, und die Entschlossenheit Frankreichs, alle Verpflichtungen seiner Allianz mit Rußland zu erfüllen, entschieden worden. ...

Dabei hatten die Staatsmänner aller Mächte die Möglichkeiten von Krieg und Frieden durchgespielt, alle nahmen sie an der Verantwortung in größerem oder geringerem Maße für den Kriegsausbruch teil, wobei der unmittelbare Anteil der deutschen Politik erheblich größer bemessen werden muß, als es von der deutschen Geschichtsschreibung früher getan wurde.

So ist das Risiko eines großen Krieges bewußt eingegangen in der vagen Hoffnung, ihn gerade dadurch zu vermeiden, während die russische Politik den Krieg zwar wohl im Moment nicht wünschte, ihn aber durch ihre politischen und militärischen Maßnahmen dann doch unvermeidlich machte. Schließlich war es der mit dem Schlieffenplan verbundene deutsche Einmarsch in Belgien, der den Eintritt Englands in den Krieg unmittelbar herausforderte. ...<<

3. Warum lehnte die Entente das Friedensangebot der Mittelmächte im Dezember 1916 ab?

Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt.

Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen.<<

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika damals nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens

335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.

Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt.

Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:

In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.

Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.

Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.

Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit (Beispiel: "British Commonwealth of Nations") entlassen müssen.

Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.

Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" ("Pariser Vorortverträge") hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.

Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.

Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.

Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es nicht gegeben.

Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

4. Wieso beteiligten sich die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1917 direkt am Ersten Weltkrieg?

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den nordamerikanischen Kriegseintritt im Jahre 1917 (x068/181-182): >>... Tatsache ist: der Krieg wurde durch die USA verlängert, verschärft. (Nie lese ich auf Gedenktafeln ohne vermehrte Trauer, Wehmut, Wut die Namen derer, die es noch gegen Schluß dieses Wahnsinns erwischte.)

Und die Kritik, die Klage Kennans, des US-Diplomaten, "daß der erste Weltkrieg nicht im November 1917 beendet wurde, als die Bolschewisten seine Beendigung forderten, daß es "den Alliierten im Herbst 1917 an Staatskunst fehlte", ... daß "sie unfähig waren, die Tragödie und Sinnlosigkeit des Krieges selbst zu erkennen und den Kampf auf der Grundlage eines Kompromisses aus eigener Kraft zu beenden", dies trifft doch niemanden mehr als die USA und ihren Präsidenten. Denn sie dehnten das Morden noch aus, vergrößerten es. ...<<

5. Wie wurde die deutsche Regierung gezwungen, den "Versailler Friedensvertrag" im Juli 1919 zu unterschreiben?

Winston S. Churchill (1874-1965, damals britischer Kriegsminister) erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.

Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehrungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

6. Wer zählte nach dem Ersten Weltkrieg zu den großen Gewinnern?

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Gewinner und Verlierer des Ersten Weltkrieges (x281/53,71-73): >>... Die Vereinigten Staaten standen nach dem Ersten Weltkrieg besser da als vorher. Schon 1913 dürften die USA rund ein Drittel der Weltindustrieprodukte hergestellt haben; nur fünf Jahre später, der Krieg hatte Europa in eine Zone der Verwüstung verwandelt, waren es über 50 Prozent. ...<<

>>... Am Tag des amerikanischen Eingreifens war das Schicksal der deutschen kaiserlichen Armee besiegelt.

Das der Amerikaner auch. Da ihr eigenes Territorium in Gänze frei von Verwüstung blieb, sprang sofort nach Ende der Kampfhandlungen der Exportmotor an. Was der Frieden nicht gebracht hatte, besorgte der Krieg. Dank seiner Zerstörungskraft schaffte er den leeren Raum, in den hinein die US-Wirtschaftsmaschine expandieren konnte. Das Land erzeugte nun weltweit knapp die Hälfte aller industriellen Güter, das Nationaleinkommen war so groß wie das der 23 wohlhabendsten Staaten der Welt.

Aus dem Schuldnerstaat USA war im Laufe der Kriegsjahre ein Gläubigerland geworden, was den unschätzbaren Vorteil hatte, daß man an den Zinszahlungen anderer Völker kräftig verdiente. Von den knapp 13 Milliarden Dollar, die sich andere Staaten in Amerika geliehen hatten, stammten allein 10 Milliarden aus Kriegsanleihen. Noch Jahrzehnte nach Ende der Kampfhandlungen profitierten die Vereinigten Staaten von ihrem Einsatz.

Der Erste Weltkrieg war der Katalysator, mit dessen Hilfe aus einer Regionalmacht eine Weltmacht geworden war. "Wir sind nicht länger Bewohner einer Provinz", rief Präsident Wilson nun den Kongreßabgeordneten zu. Der Krieg habe die Amerikaner "zu Bürgern der Welt" gemacht, sagte er, was im Grunde eine Untertreibung war. Die USA waren nicht Bürger der Welt, sie waren ihr Bürgermeister geworden.

Die ehemaligen europäischen Supermächte hatten im Weltmarktpoker ausgespielt. Wenn man ihre stotternde und vielfach sogar stillgelegte Wirtschaftsmaschinerie betrachtet, springt der relative Aufstieg der USA noch deutlicher ins Auge. Die Errungenschaften der Industrialisierung waren vielerorts in Europa nahezu rückstandsfrei weggesprengt worden ...

Der Krieg hatte einerseits den europäischen Wohlstand von mehreren Jahren vernichtet und andererseits die Bedingungen zerstört, die für einen schnellen Wiederaufstieg nötig gewesen wären.

Rußlands Wirtschaftskraft nach dem Krieg entsprach nur noch 13 Prozent der vor dem Krieg erzielten Leistung. Aber auch in Deutschland und Frankreich sackte der Warenausstoß auf nur noch zwei Drittel des Vorkriegsniveaus.

Die Gewichte unter den Großmächten hatten sich auf dramatische Weise zu Ungunsten der europäischen Industriestaaten verschoben. Die Globalisierung ging weiter, aber mit anderem Vorzeichen. Der Schlußgong des Krieges beendete das europäische Jahrhundert.

Die Weltindustrieproduktion stieg von 1913 bis 1925 um 22 Prozent, ohne daß die Europäer an dieser Steigerung noch einen nennenswerten Anteil besaßen. Amerikas Industrieausstoß wuchs im selben Zeitraum um nahezu 50 Prozent.

Alle Meßinstrumente, mit denen sich der Erfolg einer Gesellschaft überprüfen läßt, drehten jenseits des Atlantiks in den grünen Bereich: Die Zahl der Studenten hatte sich zwischen 1900 und 1920 verdoppelt, jeder fünfte Amerikaner besaß 1929 bereits ein Automobil, was sich in

Großbritannien nur jeder Zehnte leisten konnte. Die Reallöhne in den US-Fahrzeugfabriken waren in den zehn ersten Nachkriegsjahren um 30 Prozent gestiegen, was auch die übrigen Branchen mit nach oben zog. ...<<

7. Wie förderte Stalin den Untergang der Weimarer Republik?

Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald erschossen) erklärte z.B. während der Plenartagung des Zentral-Komitees am 19. Februar 1932 (x243/34): >>Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die beiden Flügel (SPD und NSDAP) gekennzeichnet, indem er von ihnen als Zwillingen sprach, die einander ergänzen. ...

Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten? ... Sie ist ... die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution, ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ... der aktivste Faktor der Faschisierung. ...

Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, ... die proletarische Revolution zu schaffen. ... Verhandlungen der KPD mit der SPD ... darf es nicht geben. ...<<

8. Warum ließ sich die preußische Regierung im Juli 1932 widerstandslos durch Reichskanzler Franz von Papen ausschalten (sogenannter "Preußenschlag")?

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.

Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.

Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.

Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.

Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.

Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<

9. Wieso scheiterte die Weimarer Republik?

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333-334): >>... Die ruhige, nüchterne Vernunft der sozialistischen Arbeiter mitten im Sturm der politischen Erregung ist gewiß achtbar. Das sind die Männer, die auch später unter der Herrschaft der Gegenrevolution nicht wankten. Aber es gibt Situationen in der Geschichte der Völker und Klassen, in denen die tägliche nüchterne Klugheit nicht ausreicht.

Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie

übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging. Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen.

Die Arbeitslosen, die trotz allem der SPD treu blieben - und nach den Wahlergebnissen dieser Jahre war es eine erhebliche Menge - und ebenso die radikal gestimmten sozialistischen Arbeiter im Betrieb folgten im allgemeinen den Losungen des linken Parteiflügels.

Die sozialdemokratischen Betriebsarbeiter jedoch, die mit der offiziellen Parteimeinung übereinstimmten, befanden sich tatsächlich isoliert auf einer Insel, die umspült war von den Wellen der Revolution und Gegenrevolution. Denn die hungernden Massen zur Linken wollten eine Revolution, und die Kapitalisten zur Rechten wollten die Gegenrevolution. Alle Teile des Volkes wurden mehr oder minder von einer der beiden Bewegungen erfaßt.

Nur die gemäßigt sozialistischen Arbeiter zusammen mit ihren Führern standen auf der Insel der Weimarer Demokratie und mußten zusehen, wie sämtliche Wellen vor rechts und links gerade auf sie einströmten.

Vor allen Dingen hätte die SPD diese Unglücksinsel verlassen müssen. Der Austritt aus der Reichsregierung im Frühjahr 1930 allein genügte nicht. Solange die sozialdemokratischen Länderminister, Bürgermeister und Polizeipräsidenten weiter amtierten, hielt die Mehrheit des deutschen Volkes die SPD für die Partei, die in erster Linie die Verantwortung für die Weimarer Republik trug. Zugleich mit dem Rücktritt der sozialistischen Reichsminister hätte die SPD auch demonstrativ die Regierung Preußens und der übrigen Länder verlassen, und alle Parteimitglieder hätten aus den hochbezahlten Länder und Gemeindestellen abberufen werden müssen.

Zugleich hätten sich die freien Gewerkschaften auf den Generalstreik vorbereiten müssen. Aber es ist doch zweifelhaft, ob die SPD nach ihrer zwölfjährigen Verbundenheit mit dem legalen republikanischen Staatsapparat zu solchen verzweifelten Mitteln fähig gewesen wäre. Da die Partei nicht imstande war, ihre Verbindung mit dem Staat zu zerschneiden, konnte sie auch nicht die Führerin der unterirdischen revolutionären Bewegung werden. ...

Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer hatten seit 1929 wieder den demokratischen Mantel abgelegt, den ihnen Stresemann aufgedrängt hatte, und sie bekannten sich unbedingt zur Diktatur. Man könnte fragen, warum die herrschende Klasse Deutschlands denn diese Abscheu vor den demokratischen Formen hatte. Wie die Dinge lagen, hatten die SPD und KPD keine Aussicht eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten.

Warum schlossen sich die bürgerlichen Parteien nicht zu einem festen gegenrevolutionären Block zusammen? Da konnten sie doch auch erreichen, was sie wollten, und man sparte sich die Unannehmlichkeiten des Verfassungsbruchs und der Gewalttätigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den verschiedensten bürgerlichen Gruppen und Tendenzen bestanden, hätten sich beilegen lassen, wenn der Reichsverband der Industrie ernstlich die Einigung gewollt hätte. Dennoch wollte die Kapitalistenklasse unbedingt die Diktatur.

In einem Lande wie Deutschland, in dem fast drei Viertel aller Wähler zu den Arbeitnehmern gehören, ist eine bürgerliche Parlamentsmehrheit nur möglich, wenn die kapitalistischen Parteien volkstümlich auftreten und den armen Massen alle möglichen Versprechungen machen. Hätte man im Reichstag, mit den Mitteln der legalen Demokratie, eine extrem kapitalistische Gesetzgebung durchführen wollen, dann hätte die Regierung nicht nur die Opposition der SPD und KPD gegen sich gehabt:

Auch viele Abgeordnete aus den bürgerlichen Parteien hätten Bedenken getragen, eine offen volksfeindliche Gesetzgebung vor den Wählern zu vertreten. Die Diktatur war in Deutschland notwendig, nicht nur wegen der SPD und KPD, sondern mindestens ebenso sehr wegen der linken Nationalsozialisten und wegen der christlichen Arbeiter.

Wenn die Diktatur die Marxisten ausschaltete, so befreite sie damit die kapitalistischen Herren auch von jeder Rücksicht auf die volkstümlichen Strömungen in den eigenen Parteien. Die christlichen Gewerkschaften und linken Nationalsozialisten, ja sogar die völkischen Freikorpsleute haben später am eigenen Leibe erfahren, daß ihre Macht in dem Moment aufhörte, in dem die deutschen Kapitalisten vom Gegengewicht der sogenannten Marxisten befreit waren.<<

10. Weshalb waren die NS-Reichstagsabgeordneten nach der gewaltsamen Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 keine Politiker mehr, sondern zweifelsfrei gesetzlose Terroristen, die das Deutsche Reich gewaltsam besetzt hielten?

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-84) berichtete später über Hitlers "Nationale Revolution" (x063/578-579): >>Schon nach wenigen Tagen wurde aus der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine "Nationale Revolution" konstruiert. Man wollte eine Massenpsychose schaffen, um kraft revolutionären Rechts die eben beschworene Verfassung totalitär zu verändern. Die Mittel der Propaganda, der Presse und des Rundfunks waren bereits in nationalsozialistischer Hand.

Der Reichstagsbrand vom 27. Februar, von ihnen selbst in Szene gesetzt, gab dann den Vorwand zum Verbot nicht nur der kommunistischen, sondern schließlich jeder Opposition. Der Terror wurde, um eine paradoxe Ausdrucksweise zu gebrauchen, zum Verfassungsgrundsatz erhoben. Daß dies nötig war, liefert zugleich für die Geschichte den Beweis, daß das Regime, das sich in frevelhafter Anmaßung mit Deutschland gleichzusetzen wagte, niemals auf dem Willen des Volkes ruhte.

Man sagt oft, die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 seien die letzten freien Wahlen gewesen. Aber auch sie fanden schon unter ungemeinem Druck statt. Dennoch erhielten die Nationalsozialisten nur 44 %. Zusammen mit ihren Bundesgenossen in der "Kampffront Schwarzweiß-rot" brachten sie es auf 52 % - genug, mit knapper Mehrheit eine Regierung zu bilden, aber bei weitem nicht für eine Änderung der Verfassung mit legalen Mitteln.

Also mußten sie mit anderen Kräften nachhelfen. Schon die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ging über alles hinaus, was der Artikel 48 decken konnte. Am 23. März nahm der Rumpfreichstag (die Kommunisten und einen Teil der Sozialdemokraten hatte man eingesperrt oder am Besuch des Reichstages gehindert) das sogenannte Ermächtigungsgesetz an; alle noch anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Dieses "Gesetz" übertrug der Reichsregierung legislative Befugnisse, auch unter Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. ... Verfassungsrechtlich war das "Gesetz", da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, ohnehin null und nichtig. ...<<

Dichtung ist verpflichtet, sich nach den Möglichkeiten zu richten. Die Wahrheit nicht.

Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)